

Inhalt

Top-Thema

Heimliche Erhöhung: Banken verlangen saftige Geldautomaten-Gebühr.....	3
--	---

Börsenwoche

Interview mit Anselm Grün: "Der Finanzkapitalismus ist lernfähig".....	5
Risikolust: Rekord bei Bric-Börsengängen	6
Börsenkommentar: Viel Luft um nichts.....	7
Ausblick: Die wichtigsten Termine	8
Dax-Wochenrückblick: Pessimisten übernehmen das Ruder	9

Aktien

Gold-Papiere: Digger-Aktien aus Down Under.....	11
Stahlindustrie: Keine Eile bei ThyssenKrupp.....	13
Studie von Credit Suisse: Bankaktien werden unattraktiver	15
News aus New York: Die Buffett-Rally ist noch nicht vorbei	16

Fonds

US-Rentenfonds : Heißer Ritt für deutsche Anleger.....	18
Middle-East-Fonds: In Dubais Schatten.....	19
Keine Transparenz: Fondsanbieter tricksen bei Performancegebühren.....	21
Gebrauchte Schiffe: Schiffsfonds setzen auf Schnäppchen.....	22

Zertifikate

Garantiezertifikate: Sicherheitsnetz mit Lücken.....	25
Indexzertifikate: HVB setzt auf russische Aktienmarktsektoren	27
Optionsscheine: Langfristige Wetten werden billiger.....	28
Empfehlung: Mit hohem Puffer nach Osteuropa	29

Banken & Zinsen

Festgeld: (Not) too big to fail.....	30
Finanzberatung : Studie zeigt Schwächen der Verbaucherzentralen	31
Vertriebsprovisionen: Commerzbank wegen Falschberatung verklagt	32
Hotelkonzern unter Verdacht: Neuer Fall von Kreditkartenbetrug	33
Zinsticker	34

Vorsorge & Versicherungen

Rückkaufwerte: Vierte Klatsche für Versicherer	36
Zusatzbeiträge: Wie Millionen zur (Kranken-)Kasse gebeten werden.....	37
Vorwurf der Untreue: Streit um Versicherung für Manager	41
Spezialpolicen: Wie sich Kunstsammler richtig versichern.....	42

Immobilien

Solaranlagen: Renditen schmelzen nicht.....	44
Mietrecht: Bundesgerichtshof erleichtert Kündigungen wegen Eigenbedarfs.....	45
BGH-Urteil: Schadenersatz bei Rückgabe mangelhafter Immobilien	46
Aktuelle Konditionen: Baugeld	47

Steuern & Recht

Klamme Krankenkassen: Zusatzbeiträge sind steuerlich absetzbar	49
Bundesfinanzhof-Entscheidung: Steuerzahlungen bedrohen die Zukunft vieler Vereine	49
Interview mit Björn Theis: "Für Unternehmen wird es teuer"	51
Firmenübernahmen: Manager zahlen für Fehlschläge	52
Mein Steuertipp: Wie Sie mehr aus der Abfindung herausholen	54
Urteilsticker: Ihr gutes Recht	55

Exit

Arbeitsklima: Freundschaftsdienst im Büro	57
Second Death: Sterben im World Wide Web	59

Heimliche Erhöhung: Banken verlangen saftige Geldautomaten-Gebühr



Wer bei einer fremden Bank Geld abheben will, muss oft tief in die Tasche greifen: Bis zu 20 Euro werden bei manchen Instituten fällig - viele Banken haben die Preise klammheimlich erhöht.

Mal eben schnell Geld holen ist in Deutschland an sich kein Problem, dafür sorgt ein flächendeckendes Netz von mehr als 50.000 Geldautomaten. Doch selten ist gerade ein Automat der Hausbank oder ihres Verbundes in der Nähe und dann wird es oft teuer. Oft bitten Banken Fremdkunden richtig zur Kasse. Schließlich kann der Kunde auch zum Automaten seiner Hausbank gehen, so das Argument.

Aber nicht nur die Fremdbank, sondern auch die Hausbank langt zu. Sie tut dies ganz unterschiedlich, je nachdem welches Logo der Automat trägt, an dem man sich seine Liquiditätsspritze besorgt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Erhebung der FMH-Finanzberatung.

Demnach sind die teuersten Banken die Sparkasse Laubach Hungen, die Raiffeisenbank Biberach und die Volksbank Kinzigtal und Enzkreis. Bei ihnen sind bis zu 20 Euro pro Abhebung fällig. Allerdings nur für ING-Diba Kunden, die mit ihrer EC-Karte Geld abheben. Nutzt derselbe Kunde seine Visa-Card kostet ihn das Bargeld nichts. Vergleichsweise bescheiden gibt sich die Deutsche Bank, bei ihr zahlen Fremdkunden im Schnitt 5,99 Euro.

Den Grund für die Preissteigerungen sieht FMH-Inhaber Max Herbst im inzwischen seit über einem Jahr schwelenden Geldautomatenstreit zwischen einigen Direktbanken auf der einen und Sparkassen sowie anderen regionalen Instituten auf der anderen Seite. Jede Fünfte der 200 von Herbst befragten Banken habe das Entgelt für Barabhebungen an fremden Automaten erhöht.

Doch bei einer pauschalen Erhöhung bleibt es nicht, so verlangt laut FMH, die Sparkasse Fürth für Abhebungen von institutsfremden Geldautomaten sechs Euro. Wer sein Geld allerdings bei einer Commerzbank, Dresdner Bank, Postbank, ING-Diba oder VR-Bank Nürnberg zieht, zahlt zehn Euro. Laut Herbst verfährt eine Vielzahl von Banken nach diesem Muster.

Rechtlich fragwürdig

Kunden, die von ihrer Bank Näheres zu den Gebühren erfahren wollen, würden oft enttäuscht, erklärt Herbst. Er berichtet auch von vielen Bankmitarbeitern, die keine Auskunft geben konnten oder nicht wussten, dass ihr Haus diesen Obolus überhaupt verlangt. "Es ist ohnehin rechtlich zweifelhaft, ob eine Bank überhaupt Gebühren verlangen kann, wenn ihr Kunde, sich an einem fremden Geldautomaten mit Bargeld versorgt", sagt Julius Reiter von der Düsseldorfer Kanzlei Baum, Reiter und Kollegen. Sämtliche Gebühren müssten dem Kunden ungefragt mitgeteilt werden oder zumindest öffentlich einsehbar sein.

Verbund	Zahl der Geldautomaten	Teilnehmer
Sparkassen-Verbund	25.700	Alle Sparkassen
BankCard ServiceNetz	18.600	98 Prozent aller Volks- und Raiffeisenbanken, PSD Banken, BBBank, die meisten Sparda Banken.
Cash Group	7.000	Deutsche Bank, Commerzbank, HypoVereinsbank, Postbank, Dresdner Bank und die Töchter dieser einzelnen Banken.
Cash Pool	2.500	unter anderen: SEB, Santander, BBBank, Citibank, Wüstenrot, Nationalbank, Südwestbank, Sparda-Banken, netbank.
ohne Verbund	1.300	ING-Diba

Quelle:
FMH

Erfahren Sie mehr zum Thema Girokonten und kostenloses Bargeldabheben im [Capital-Girokontenvergleich](#) . Wechselwillige erfahren dort welches Konto zu ihnen passt.

Interview mit Anselm Grün: "Der Finanzkapitalismus ist lernfähig"



Der Mönch und Bestsellerautor Anselm Grün spricht über Geld, Investments und Gier. Zudem verrät er, nach welchen Kriterien er seine Anlagen auswählt und was Kirche und Wirtschaft voneinander lernen können.

Was kann die Kirche von der Wirtschaft lernen und was die Wirtschaft von der Kirche?

Die Kirche kann von der Wirtschaft lernen, dass sie effektiv ihre Kräfte einsetzt, dass sie mit den kleinsten Mitteln die größte Wirkung erzeugt. Die Wirtschaft kann von der Kirche lernen, dass sie das Geld und den Erfolg relativiert und die Werte in den Mittelpunkt stellt. Werte machen eine Firma auf Dauer wertvoll.

Soll man als Christ überhaupt Zinsen und Zinseszins verlangen?

Ich sehe keine religiöse Begründung für ein Verbot der Zinsen und Zinseszinsen. Jesus selbst spricht im Gleichnis von den Talenten sehr nüchtern vom Geld-zur Bank-Bringen, dann könne man es mit Zinsen und Zinseszinsen abheben.

Passen Glaube und Börse zusammen?

Ich sehe keinen Gegensatz zwischen Glaube und Börse. Entscheidend ist, dass ich an der Börse nicht meinen Glauben verliere oder hintanstelle. Als gläubiger Mensch lasse ich mich nicht vom Geld und Gewinnstreben leiten, sondern von anderen Gründen. Ich lege an der Börse an, um den Menschen zu dienen. Letztlich geht es darum - wie es Jesus im Lukasevangelium verkündet hat -, einen spirituellen Umgang mit den Gütern dieser Welt und also auch mit dem Geld einzuüben.

Was unterscheidet einen kirchlichen Betrieb von einem weltlichen?

Der kirchliche Betrieb arbeitet nicht nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung, sondern er fragt sich, wie er mit seinem Wirtschaften die Arbeitsplätze sichern und den Menschen dienen kann. Das Ziel ist der Dienst am Menschen und nicht der Gewinn. Aber damit ein kirchlicher Betrieb den Menschen dienen kann, muss er auch rentabel arbeiten.

Anselm Grün

verwaltet die Finanzen der Abtei Münsterschwarzach und ist ein begeisterter Anleger. Der 65-jährige Benediktinerpater hat zahlreiche Bücher, unter anderem zum ethischen Investieren, veröffentlicht. Mit der

Nach welchen Kriterien wählen Sie Ihre Anlagen aus?

Ich wähle meine Anlagen einmal nach der Rendite, zum anderen nach ethischen Gesichtspunkten aus. Ich meide also Rüstungsaktien und Aktien von Firmen, die unmenschlich mit ihren Mitarbeitern umgehen. Nachhaltigkeit bezieht sich für mich nicht nur auf den Umgang mit der Schöpfung, sondern auch mit den Mitarbeitern und ihren Kräften. Zum anderen überlege ich, ob die Anlagen einigermaßen sicher sind. Und ich mische zwischen Aktien, Anleihen und Rohstoffen.

Gesamtauflage übertrifft er die des Papstes bei Weitem. und Zertifikaten.

Zu wie viel Prozent legen Sie in Staatsanleihen an?

Staatsanleihen habe ich nur etwa zehn Prozent, dazu 30 Prozent Industrieanleihen und 30 Prozent Aktien, der Rest liegt in Fonds

Haben Sie schon einmal gezoekt?

Die Frage ist, was man unter zocken versteht. Ich lege Geld in Anleihen und Aktien an. Das ist für mich kein Zocken, sondern ein solides Wirtschaften mit dem vorhandenen Geld.

Wie kann man Vermögen wirklich nachhaltig sichern?

Es gibt viele Strategien, Vermögen nachhaltig zu sichern. Da ist einmal der gute Mix aus Aktien, Anleihen, Immobilien und Rohstoffen. Zum anderen gibt es Vermögensverwaltungen, die auf die Sicherung des Vermögens spezialisiert sind.

Ist der Finanzkapitalismus noch lernfähig, oder gehorcht er purem Profitstreben?

Der Finanzkapitalismus ist lernfähig. Aber es braucht immer wieder die Gewissenserforschung, dass man sich nicht dem reinen Profitstreben unterwirft.

.....

Risikolust: Rekord bei Bric-Börsengängen



Brasilien war 2009 stärkste Börse der Welt, dicht gefolgt von Russland. Auch Indien und China sind bei Anlegern heiß begehrt. Noch nicht notierte Unternehmen aus diesen Ländern treibt das regelrecht an die Börse. Auch der Rusal-Flop schreckt nicht ab.

Börsengänge von Unternehmen aus Brasilien, Russland, Indien und China haben seit Beginn des Jahres ein neues Rekordhoch erreicht. Laut dem Datendienstleister Thomson Reuters sammelten sie in den vergangenen Wochen in 26 Parkettdebüts 6,7 Milliarden Dollar ein - so viel wie noch nie in einem Januar.

Die Emittenten nutzen damit das gestiegene Interesse von Investoren an Schwellenländern. Brasilien, Russland, Indien und China werden unter dem Begriff Bric-Staaten zusammengefasst - ihnen wird starkes Wachstum zugetraut.

Ein rasches Abflauen des Börsenbooms ist nicht in Sicht: Mindestens 140 Börsengänge mit einem Gesamtwert von 29 Milliarden Dollar sind laut Thomson Reuters für 2010 von Firmen aus Bric-Staaten geplant. Damit würden sie die USA und Westeuropa abhängen, wo Erstplatzierungen von 21,6 beziehungsweise 15,4 Milliarden Dollar erwartet werden.

Allerdings gibt es Warnsignale dafür, dass der Risikoappetit der Anleger schwinden könnte. Die Aktien des russischen Aluminiumkonzerns Rusal sackten am Mittwoch am ersten Handelstag in Hongkong um 10,6 Prozent ab. Das von dem Oligarchen Oleg Derpaska kontrollierte Unternehmen hat damit laut dem Datendienstleister Dealogic das zehntschlechteste Debüt in Hongkong seit 2008

hingelegt. Rusal hatte in der bislang größten Erstemission eines Bric-Unternehmens in diesem Jahr 2,2 Milliarden Dollar bei Investoren eingesammelt.

Experten erwarten daher, dass die Konzerne sich rasch an die Börse wagen werden. "Bric-Unternehmen werden versuchen, jedes Zeitfenster in der ersten Jahreshälfte zu nutzen, für den Fall, dass die zweite steiniger wird", sagte Nick Chamie, Leiter Schwellenländer bei RBC Capital Markets.

Der Fall Rusal werde keine "größere Abschreckungswirkung" haben, sagte Chamie - trotz der "Verschlechterung des globalen Umfelds für Risikoappetit" in den vergangenen Wochen. Sorgen um die Finanzlage europäischer Staaten wie Griechenland, Pläne für radikale Bankenreform in den USA und eine beginnende Straffung der Geldpolitik hatten Investoren zuletzt verunsichert.

"Wir erleben kleine kurzfristige Turbulenzen, aber der Ausblick für dieses Jahr bleibt sehr positiv", sagte Allan Conway, Leiter Schwellenländeraktien bei Schroders. "Wenn überwiegend Unternehmen mit klar falsch gepreisten oder aus anderen Gründen unattraktiven Papieren an die Börse streben, dann würde das den Markt verderben. Aber zumindest bis jetzt ist das die Ausnahme."

Der Prospekt von Rusal hatte für Aufsehen gesorgt, weil er eine ganze Latte an Risiken und Rechtsstreitigkeiten auflistete. Außerdem setzte die Hongkonger Börse einige Vorschriften außer Kraft.

Nach Rusal könnten in der ersten Jahreshälfte weitere russische Unternehmen an die Börse gehen: der Eisenerzkonzern Metalloinvest, der Kohleproduzent SUEK sowie die Mediengruppe Prof Media.

.....

Börsenkommentar: Viel Luft um nichts



Notenbanker aus Österreich und Deutschland befürchten, dass sich neue Blasen an den Kapitalmärkten gebildet haben. Für sie - und alle anderen - eine kleine Blasenkunde.

Die obersten Währungshüter haben gesprochen. In Interviews mit der "Financial Times Deutschland" und der "Börsen-Zeitung", sprechen Bundesbank-Chef Axel Weber und sein österreichischer Kollege Ewald Nowotny über Spekulationsblasen an den Börsen. Nowotny sieht die Kapitalflut in Richtung China und Brasilien als "ernstes Problem". Weber fragt, ob die dynamische Entwicklung an bestimmten Märkten noch gerechtfertigt sei.

Doch noch einmal einen Schritt zurück: Bekanntlich spricht man von einer Spekulationsblase, wenn der zugrundeliegende Markt sich so stürmisch nach oben bewegt hat, dass seine Preise nichts mehr mit der realen Wirtschaft zu tun haben. Zu dem Blasen-Phänomen gehört auch, dass Laien mit frischem Geld den Markt befeuern und die Euphorie grenzenlos ist.

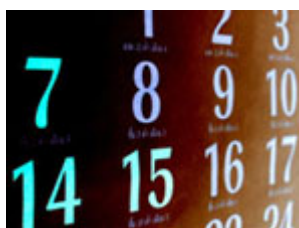
Eine Tulpenzwiebel für mehrere Tausend Gulden? Das war 1634 kein Problem. Eine Internetaktie mit einem Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) von knapp 1000? Da griffen Anleger vor genau zehn

Jahren begeistert zu. Eine Vollfinanzierung eines Wohnhauses für ein arbeitsloses Ehepaar mit drei Kindern? Da sagte manche US-Bank 2007 nicht nein. Alle Beispiele haben gemeinsam: Der Glaube an ein unendliches Wachstum war da. Und die Stimmen der wenigen Mahner gingen unter.

Doch zurück zur heutigen Situation: Ist ein Ölpreis von 75 Dollar angesichts endlicher Vorräte keinesfalls gerechtfertigt? Steht die wirtschaftliche Entwicklung Chinas, das zuletzt mit Raten von rund zehn Prozent wuchs, auf tönernen Füßen? Ist der Europa-Index Stoxx 50 mit einem KGV von knapp zwölf heißgelaufen?

Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Die Gefahr, dass der Kursrutsch noch nicht beendet ist, will ich mit diesen Argumenten nicht kleinreden. Nur dass sich erneut eine gigantische Blase aufgebaut hat, erscheint mir nicht realistisch. Spekulationsblasen platzen, wenn es kaum jemand erwartet - und nicht wenn die Notenbanker davor warnen.

Ausblick: Die wichtigsten Termine



Wichtige Wirtschafts- und Finanzmarkttermine geben Anlegern einen Überblick, worauf sie in der kommenden Börsenwoche achten sollten.

Ölmultis 01.02.2010 In dieser Woche berichten gleich drei große Energiekonzerne: Am Montag erwarten Experten bei Exxon-Mobil 1,19 Dollar Gewinn je Aktie, am Dienstag bei BP für das gesamte Geschäftsjahr 0,55 Euro Gewinn, während es am Donnerstag bei Royal Dutch Shell 1,65 Euro je Aktie sein könnten.

US-Einkaufsmanager-Index 01.02.2010 Der Konjunkturindikator basiert auf einer monatlichen Umfrage des Institute for Supply Management (ISM) bei Einkaufsmanagern von 350 Unternehmen, wie sie die wirtschaftliche Lage beurteilen. Für Dezember war der Index überraschend stark auf 55,9 Punkte gestiegen. Experten rechnen damit, dass dieser Optimismus sich bereits für Januar wieder abschwächen könnte.

Münchener Rück 02.02.2010 Der weltweit zweitgrößte Rückversicherer liefert sein Jahresergebnis ab und berichtet über die laufenden Verhandlungen zu Versicherungsverträgen, der Erneuerungsrunde 2010. Doch eigentlich interessiert alle nur US-Milliardär Warren Buffet, der seinen Anteil an Münchener Rück auf mehr als fünf Prozent erhöhen könnte. Anleger bleiben der Aktie treu.

Roche/Pfizer 03.02.2010 Pharma-Riesen berichten. Bei der Schweizer Roche erwartet der Markt einen Jahresgewinn von acht Euro je Aktie – auch dem Grippemittel Tamiflu sei dank. Die amerikanische Pfizer könnte mit einem Gewinn je Aktie in Höhe von 0,50 Dollar aus dem vierten Quartal rausgegangen sein. Beide Titel stehen für solides Investieren.

Vodafone 03.02.2010 Der britische Telekomkonzern verdiente im dritten Quartal seines Geschäftsjahres 2009/10 magere 0,05 Euro je Aktie. Analysten warnen vor den strukturellen Risiken bei der im Branchenvergleich eher wachstumsschwachen Vodafone.

Cisco 03.02.2010 Der amerikanische Netzwerkspezialist liefert Zahlen zu seinem zweiten Geschäftsquartal. 0,35 Dollar je Aktie erwartet der Markt. Die Rückkehr zu zweistelligen Wachstumsraten scheint bei Cisco in den nächsten Jahren möglich. Die Aktie zählt derzeit zu Anlegers Lieblingen.

Deutsche Bank 04.02.2010 Kassensturz für das Jahr 2009 beim Frankfurter Finanzriesen. Das Jahr lief gut. Bei der Verarbeitung der Krise hat das Management der Deutschen Bank vieles richtig gemacht. Trotzdem bleiben Risiken. Die Aktie legte 2009 massiv zu. Engagierte Anleger sichern ihre Gewinne daher mit engen Stoppkursen ab.

Unilever 04.02.2010 Der deutsch-britische Konsumgüterkonzern berichtet über das vierte Quartal. 1,30 Euro Gewinn je Aktie erwarten Analysten. Positiv ist das überdurchschnittliche Engagement Unilevers in Schwellenländern. Das verringert die Abhängigkeit von Europas Konsumlaune.

EZB-Sitzung 04.02.2010 Die Europäische Zentralbank berät über die Leitzinsen. Der Markt erwartet keine Änderung des Zinsniveaus, das derzeit bei 1,00 Prozent liegt.

US-Arbeitsmarktdaten 05.02.2010 Für Januar vermitteln die Prognosen der Volkswirte kein einheitliches Bild. Pessimisten rechnen mit einem hohen Stellenabbau, da die Erholung der Wirtschaft nicht tragfähig sei. Andere erwarten hingegen sogar eine Zunahme. Die US-Arbeitsmarktdaten beeinflussen kurzfristig stark die weltweiten Börsen.

.....

Dax-Wochenrückblick: Pessimisten übernehmen das Ruder



Gute Geschäftszahlen werden in dieser düsteren Handelswoche ignoriert. Investoren nehmen Gewinne mit. Eine heftige Korrektur ist im Gange. Nur Siemens und Infineon halten sich im Plus.


Hits - Platz 1:  Siemens, Wochengewinn: 0,2 Prozent

Nur mit Hilfe einer unerwartet guten Jahresbilanz konnte sich die Aktie des Industriekonzerns in dieser verlustreichen Handelswoche im Plus halten. Siemens-Chef Peter Löscher präsentiert für das vierte Quartal einen beeindruckenden operativen Gewinn von 2,25 Milliarden Euro, ein Plus von elf Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal. Die Mitarbeiter können sich weniger freuen. In Deutschland baut Siemens 2000 Arbeitsplätze ab.

Hits - Platz 2:  Infineon, Wochengewinn: + 0,1 Prozent

Gute Zahlen und ein erfreulicher Ausblick stabilisierten den Aktienkurs des Chipherstellers. In den ersten drei Monaten seines Geschäftsjahres hat Infineon den Gewinn im Vergleich zum Vorquartal von 14 auf 66 Millionen Euro gesteigert. Vor einem Jahr hatte Infineon noch ein Minus von 404 Millionen Euro verbucht. Der Chiphersteller profitierte vom Verkauf seiner Sparte Wireline-Communications. Der Umsatzstieg im Vergleich zum Vorquartal um zehn Prozent auf 941 Millionen


Euro. Infineon erhöht das Umsatzwachstumsziel von zehn auf 20 Prozent und erwartet eine von Marge im hohen einstelligen Bereich.

Hits - Platz 3: Münchener Rück, Wochenverlust: - 0,1 Prozent

Trotz ermutigender Nachrichten, schaffte es die Rückversicherung nicht ins Plus. Der US-Milliardär Warren Buffett stockte seine Beteiligung am weltgrößten Rückversicherer Munich Re kräftig auf. Gestern gaben die Münchner bekannt, dass die Investorenlegende mehr als drei Prozent der Aktien besitze. Das entspricht bei einer Börsenkapitalisierung von 21,4 Milliarden Euro einem Wert von rund 660 Millionen Euro.

Hits - Platz 4: Beiersdorf, Wochenverlust: - 1,7 Prozent


Defensive Konsumgüteraktien kommen in Abwärtsphasen relativ ungeschoren davon. Dabei wurde Beiersdorf von einer Studie der Commerzbank belastet. Die Analysten senkten die Einschätzung von "Add" auf "Reduce" und reduzierten das Kursziel von 49 auf 39 Euro. Die Dynamik der Geschäftserholung des Kosmetikherstellers soll sich in 2010 wegen der steigenden Arbeitslosigkeit abschwächen.

Hits - Platz 5: BASF, Wochenverlust: 2,6 Prozent

Der Chemiekonzern versprüht Optimismus und verhindert so einen stärkeren Kursverfall. BASF arbeitet sich langsam aus dem Konjunkturtal. Der Branchenprimus produziert laut Medienberichten aufgrund einer anziehenden Nachfrage wieder mit einer 70prozentigen Auslastung. Vor allem die Geschäfte in Asien und Lateinamerika laufen gut.

Flopps - Platz 1: ThyssenKrupp, Wochenverlust: - 9,7 Prozent

Zykliker zählten in dieser Woche zu den größten Verlierern. Investoren schmissen die Aktien von ThyssenKrupp im Vorfeld der Quartalszahlen aus dem Depot Am 12. Februar stellt der Konzern das Zahlenwerk zum ersten Quartal vor. Der Start ins neue Geschäftsjahr soll gut verlaufen sein. Die Mehrheit der Bereiche sei wieder profitabel.

Flopps - Platz 2: Deutsche Börse, Wochenverlust: 9,2 Prozent


Laut gut informierten Kreisen arbeitet die Deutsche Börse an einem neuen Sparprogramm. Rund zehn Prozent der 3300 Stellen sollen gestrichen werden. Alle Tochtergesellschaften seien betroffen. Die Pläne sollten Mitte Februar anlässlich der Vorlage der Bilanz präsentiert werden.

Flopps - Platz 3: Deutsche Lufthansa, Wochenverlust: 8,1 Prozent

Heftige Kursverluste flog die Airline-Aktie ein. Dabei war die Nachrichtenlage nicht schlecht. Morgan Stanley stufte Lufthansa von "Equal-weight" auf "Overweight" hoch und hob das Kursziel von 14,30 auf 15,20 Euro. Die Lufthansa-Beteiligung Jetblue hielt sich auch im vierten Quartal des vergangenen Jahres knapp in der Gewinnzone.

Flopps - Platz 4: MAN, Wochenverlust: 7,5 Prozent

Zu den verlustreichen zyklischen Aktien zählt auch der Lastwagenbauer MAN. Doch zumindest in den Emerging Markets läuft das Geschäft. MAN baut aufgrund der steigenden Nachfrage nach Nutzfahrzeugen in Lateinamerika die Kapazität im brasilianischen Werk Resende aus.

Flopps - Platz 5: Daimler, Wochenverlust 7,0 Prozent

Dass die Gespräche mit dem Rivalen BMW über einen Ausbau der Kooperationen in der Vorwoche scheiterten, lastet weiter auf der Daimler-Aktie. Da die Forschungsausgaben immer weiter wachsen, kommen auf Daimler in Zukunft Probleme zu. Bis dahin hat sich Daimler-Chef Dieter Zetsche von seinem Skiunfall wieder erholt.

Gold-Papiere: Digger-Aktien aus Down Under



Von seinem Rekordhoch ist der Goldpreis derzeit gut 100 Dollar entfernt. Der schwächelnde Preis für das Edelmetall rückt Minenbetreiber mit niedrigen Förderkosten in den Fokus der Anleger. Wir zeigen lukrative Anlagen.

Vorerst deutet nichts darauf hin, dass Gold die Marke von 1220 Dollar pro Feinunze (31,1 Gramm) von Dezember 2009 in Kürze wieder erreichen könnte. Zahlreiche Analysten rechnen eher mit einer zeitweiligen Schwäche des gelben Edelmetalls. "Eine allgemeine Stärkung des Dollar könnte der jüngsten spekulativen Komponente des Goldpreises die Grundlage entziehen", meint David Karsböl von der Saxo Bank. Der langfristige Aufwärtstrend sei jedoch weiter intakt. Karsböl sieht den Goldpreis bis 2014 auf 1500 Dollar steigen.

Von der momentanen Preisschwäche wenig betroffen sind Minengesellschaften mit niedrigen Förderkosten. Sie können ihre Margen halten, selbst wenn Gold sich verbilligt. Der weltweit größte Goldproduzent **Barrick Gold** etwa fördert das Edelmetall zu 463 Dollar je Feinunze. Das ist weniger als der weltweite 2009er-Durchschnitt bei Goldminen, der bei rund 490 Dollar liegt.


Goldcorp schürft mit den geringsten Kosten


Die ersten neun Monate 2009 lief es für Barrick nicht so gut: Je Aktie steht ein Verlust von 5,12 Dollar zu Buche, im Vorjahresquartal konnte man noch einen Gewinn von 1,44 Dollar ausweisen. Dennoch empfiehlt Mark Liinamaa, Analyst von Morgan Stanley, die Aktie zum Kauf, nicht zuletzt wegen der marktbeherrschenden Stellung von Barrick. 21 Analysten sehen das ebenso, nur einer plädiert für den Verkauf des Papiers.

Mit Kosten deutlich unter denen von Barrick glänzen die australischen Minenbetreiber **Newcrest Mining** und **Lihir Gold**. Newcrest produziert im Schnitt zu 350 Dollar je Feinunze. Erst kürzlich erhielt Australiens größter Goldproduzent die Genehmigung für das Cadia-East-Projekt, eine neue Förderstätte in New South Wales. Marktbeobachter rechnen hier mit Entwicklungskosten in Höhe von 2 Milliarden Dollar. Elf Analysten raten zum Kauf der Aktie, drei zum Halten, drei haben das Papier auf ihre Verkaufslisten gesetzt. Lihir konnte kürzlich seinen vierten Förderrekord in Folge feiern: Das Unternehmen produzierte 2009 etwa 1,12 Millionen Unzen, 27 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Produktionskosten beliefen sich 2009 auf 397 Dollar je Unze. Für Lihir sprechen sich zehn Analysten aus, drei empfehlen die Aktie zum Verkauf.

Noch preiswerter holt **Goldcorp** das gelbe Metall aus der Erde: Die Kosten für eine Feinunze betragen etwa 300 Dollar. Auch wegen des aussichtsreichen El-Morro-Projektes, einer Gold-Kupfer-Mine in Chile, stuft Pascal Spano, Analyst von Credit Suisse, die Aktie des kanadischen Unternehmens mit "Outperform" ein. 15 Analysten schließen sich dieser Meinung an, nur zwei raten Anlegern, die Aktie zu verkaufen.

Die von Börsianern scherzhaft Digger-Aktien genannten Papiere reagieren auf den Goldpreis traditionell "mit einem Hebel zwischen 1,5 und 3", weiß Minenexperte Werner Ullmann, der Gründer der auf Rohstoffe spezialisierten Fondsgesellschaft ERA Resources. So entwickelte sich der Minenindex Amex Gold Bugs seit einem Jahre deutlich besser als der Goldpreis

Anlegern, die das Risiko des Direktinvestments scheuen, bieten Fondsgesellschaften Aktien von Minenbetreibern im Paket an. Schwergewicht unter den Goldminenfonds ist der  Blackrock World Gold Fund. Stattliche 4,8 Milliarden Euro Anlagevolumen haben Manager Evy Hambro und sein Team zu stemmen.

Eine weitere Möglichkeit sind passive Fonds, die die Wertentwicklung eines Index nachbilden. Diese börsengehandelten Indexfonds (ETFs) punkten mit geringen Kosten. Während etwa beim Blackrock-Fonds eine jährliche Verwaltungsgebühr von 1,75 Prozent anfällt, sind es beim ETF von Market Access auf den  Amex Gold Bugs lediglich 0,7 Prozent. Der Ausgabeaufschlag entfällt.

Direkt in Gold investiert die Xetra-Goldanleihe, ein börsengehandeltes Rohstoffpapier (Exchange-Traded Commodity, ETC), das mit physischem Gold besichert ist. Auf Wunsch können sich Anleger ihre Anteile in Goldbarren auszahlen lassen. Anders als Fonds unterliegen ETCs aber dem Emittentenrisiko.

Steckbrief für Minenbetreiber-Aktien

Aktie	ISIN	Börsenwert in Mrd. \$	Gewinn* 10e in \$	Kurs in €
Barrick Gold	CA0679011084	2,49	14,7	26,35
Eldorado	CA2849021035	0,45	29,4	9,5
Goldcorp	CA3809564097	1,24	29,8	26,3
Lihir Gold	PG0008974597	0,13	21	1,97
Newcrest	AU000000NCM7	1,33	22,7	21,65

**)je Aktie für 2010e, e=erwartet*

Fonds/ ETC	ISIN	Performance in % für 6 Monate	für 1 Jahr	Agio in %	Gebühr* in %
Blackrock W. Gold	LU0171305526	14,68	37,8	5	1,75
Amex Gold Bugs	LU0259322260	15,43	32,16		0,7
Xetra-Gold ETC	XC0009656924	15,32	11,65		0,36

**) p.a.; Stand: 25.01.2010; Quelle: Reuters, I/B/E/S Börse online, Morningstar*

.....

Stahlindustrie: Keine Eile bei ThyssenKrupp



Die Stahlnachfrage ist wieder angesprungen - für 2010 werden zweistellige Wachstumsraten prognostiziert. Doch in der ThyssenKrupp-Aktie ist dieser Aufschwung schon eingepreist. Wer jetzt kauft, braucht starke Nerven.

Allein seit Anfang 2010 haben drei Großbanken Kaufstudien zu ThyssenKrupp publiziert. Schon ihre Titel zeigen, wie ähnlich die Analysten, von denen zwei Drittel die Aktie zum Kauf empfehlen, den Wert aktuell sehen.

Die Deutsche Bank nennt ihre Studie sinngemäß übersetzt: "Auf dem Pfad der Erholung reiten." JP Morgan titelt, ThyssenKrupp sei die Summe aus Restrukturierung und (wirtschaftlicher) Erholung, und bei der Credit Suisse heißt es ganz ähnlich: Der Konzern sei mehr als nur eine Wette auf den Zyklus.

In der Tat sieht es zunächst so aus, als gebe es bei Thyssen aus Anlegersicht eine Traumkonstellation. Da ist zunächst die Restrukturierung. Das Wort mag dieser Tage kaum noch jemand hören wollen, da es allerorten für die reine Kapazitätsanpassung an zyklische Umsatzeinbrüche missbraucht wird. Doch der Konzern macht in der Tat den größten Umbau seit der Fusion von Thyssen und Krupp im Jahre 1999 durch. Ganz freiwillig kam das nicht: Noch vor Jahresfrist sah sich der Konzern gut aufgestellt für raue Zeiten. Doch 2009 rutschte ThyssenKrupp richtig ab, was dann im vierten Geschäftsquartal (per September) in dem bis dato höchsten Vorsteuerverlust in Höhe von 1,4 Milliarden Euro kumulierte.

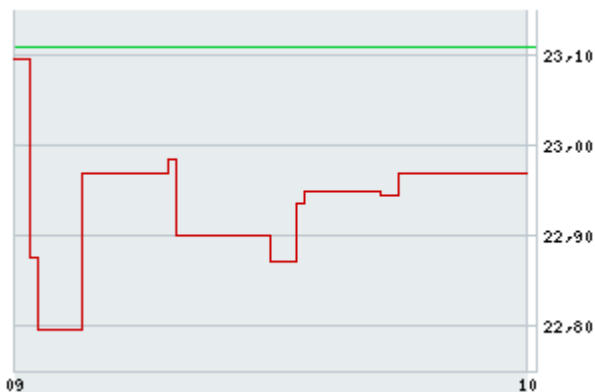
Dass sich das volle Ausmaß der Rezession bei Thyssen erst so spät in den Zahlen zeigt, liegt am langfristigen Auftragszyklus einiger Sparten sowie den Jahreskontrakten, die über 60 Prozent des Stahlgeschäftes ausmachen. Doch anhand der Auftragseingänge - im Stahlbereich brachen sie im Frühjahr um 59 Prozent ein - konnte die Firmenführung ahnen, was auf sie zukommen würde.

Die Analysten sind gespalten

Es folgte der radikale Konzernumbau, der auch vom Ex-Vizevorstand von Continental, Alan Hippe, seit April 2009 vorangetrieben wird. Thyssen gab sich eine neue Struktur, in der statt fünf Geschäftseinheiten nunmehr acht Einheiten in nur noch zwei Divisionen zusammengefasst werden.

ThyssenKrupp

- 1 Tag
- 1 Monat




Einsparungen von jährlich 500 Millionen Euro verspricht sich der Konzern, unter anderem, weil die Belegschaft innerhalb eines Jahres um sechs Prozent geschrumpft ist. Dazu machte der Konzern sich an sein Firmenportfolio ran. Es wurde einiges verkauft, aber auch weiter akquiriert.

Überhaupt nahmen die Düsseldorfer ausgerechnet im Krisenjahr ungewöhnlich viel Geld in die Hand, über 4 Milliarden Euro für Investitionen und Akquisitionen. Der Großteil fließt derzeit nach Amerika - für je ein Projekt in den USA und in Brasilien. Die Projekte gelangen vor allem durch Baukostenüberschreitungen regelmäßig in die Presse und sorgten auch auf der Hauptversammlung am Donnerstag für heiße Diskussionen.

Die Analysten sind gespalten. Während Sal. Oppenheim aufgrund der Mehrkosten bezweifelt, dass die neuen Werke ihre Kapitalkosten verdienen werden, rechnet die Deutsche Bank auf mittlere Sicht, dass das Amerikageschäft, mit dem ThyssenKrupp seine Stahlkapazität um rund 30 Prozent erhöht, 7 Euro bis 11 Euro je Aktie wert ist, Credit Suisse glaubt im Boom sogar an bis zu 20 Euro.

Der zweite Grund für eine Kurserholung ist laut Analysteneinschätzung der anziehende Stahlzyklus. Nun haben sich die Preise zwar mittlerweile stabilisiert, und auch die Stahlnachfrage ist seit dem Rekordeinbruch 2009 wieder angesprungen - für 2010 werden auch wegen niedriger Lagerbestände zweistellige Wachstumsraten prognostiziert. Doch was, wenn die Lager wieder gefüllt sind?

Ohnehin dürfte der Zyklus schwächer ausfallen, da die Industriekunden vorsichtig bleiben, wie auch Alcoas Quartalsbericht zeigte. Viel hängt davon ab, wie sich die Lage bei den Hauptabnehmern im Fahrzeug- und Maschinenbau bis 2011 entwickeln wird. Die Analysten sind sich jedenfalls uneins, wenn man sich die Bandbreite ihrer Vorsteuergewinnschätzungen ansieht: Für 2011 reichen sie von 0,9 Milliarden Euro bis 2,7 Milliarden Euro, und für das Jahr darauf von 1,7 Milliarden Euro bis 5,1 Milliarden Euro.

Nun ist ThyssenKrupp aufgrund seiner längerfristigen Verträge und seines Premiumstahls immer unterdurchschnittlich vom Zyklus betroffen. Doch ist die Verfassung der Endmärkte immer der entscheidende Faktor, trotz aller Restrukturierungserfolge. Diese könnten der Aktie zwar, zusammen mit einer intakten Konjunktur, mittelfristig Luft bis zu 50 Euro geben. Zudem ist es ratsam, vor einem sichtbaren Aufschwung die Aktie zu kaufen. Aber das haben seit März schon viele getan, sodass der Titel bereits zum Elffachen des für 2011 erwarteten Gewinns notiert. Da müssen Anleger schon mutig sein, um auf den Zug aufzuspringen. Allerdings brauchen sie weniger starke Nerven als etwa beim Rivalen  ArcelorMittal.

Schatten der Vergangenheit

Umbau Nach der Reorganisation entfallen auf die Sparte Stahl (Europa, Amerika, Edelstahl und Handel) 70 Prozent des Umsatzes, der Rest auf die Technologiesparte mit Aufzügen, Anlagenbau und Werften.

Einbruch Neben der schlechten Konjunktur führte auch die umfangreiche Restrukturierung zu einem Rekordverlust im vergangenen Jahr. 2010 sollte der Konzern aber wieder positiv abschließen.


Ungewissheit Unsicherheit besteht im Hinblick auf den kommenden Konjunkturaufschwung. Dass er so stark wie der vorige ausfallen wird, ist angesichts der Zurückhaltung bei den Kunden unwahrscheinlich.



Studie von Credit Suisse: Bankaktien werden unattraktiver







Notenbanker und Aufseher wollen Banken stabiler machen. Dazu sollen die Kreditinstitute höhere Eigenkapitalforderungen erfüllen. Investoren müssen sich deswegen auf Jahre hinaus auf niedrigere Dividenden der Institute einstellen.

"Wir wären sehr überrascht, wenn die Finanzvorstände trotz der erheblichen Unsicherheit über die regulatorischen Veränderungen großzügig ausschütten würden", schreiben die Analysten von  Credit Suisse in einer am Mittwoch veröffentlichten Studie. "Die Unsicherheit über die Kapitalanforderungen führt dazu, dass Dividenden wahrscheinlich beschnitten werden. Der Markt hat das bislang unterschätzt", glauben auch die Experten von Morgan Stanley.

Regierungen weltweit wollen Banken künftig stabiler machen. Der Baseler Ausschuss, in dem Notenbanker und Aufseher aus 27 Ländern sitzen, hat dazu erste Vorschläge erarbeitet. Danach sollen die Banken unter anderem deutlich mehr und deutlich hochwertigeres Kernkapital vorhalten. Viele Finanzinstrumente, die die Banken derzeit noch zum Kernkapital zählen dürfen, fielen dann künftig weg.

Die Verfasser der Morgan-Stanley-Studie gehen davon aus, dass die europäischen Banken bis 2012 frisches Kapital in Höhe von 83 Milliarden Euro brauchen, um den neuen Baseler Anforderungen gerecht zu werden. Hinzu kämen aber noch interne Maßnahmen, die die Banken treffen müssten, um Geld in ihre Kassen zu spülen - unter anderem die Kürzung der Dividenden. Bankaktien könnten daher deutlich unattraktiver werden.

 Morgan Stanley hat seine Prognosen für die Ausschüttungen vieler Banken gesenkt: etwa für die  UBS um 60 Prozent auf nun 0,1 Euro für das Geschäftsjahr 2010 und für 2011 sogar um 93 Prozent auf ebenfalls 0,1 Euro. Bei  BNP Paribas reduzierten sie ihre Erwartungen für beide Jahre um 54 Prozent,

bei der Deutschen Bank gehen sie von jeweils 0,5 Euro aus, statt wie zuvor von 0,75 Euro und 1,0 Euro. Auch die Credit-Suisse-Analysten sind nun pessimistischer: Für die  Deutsche Bank etwa gehen sie für 2009 bis 2011 von einer Dividende von je 0,5 Euro aus - im Schnitt erwarten Analysten dagegen für das abgelaufene Geschäftsjahr 0,93 Euro und für die darauffolgenden Jahre deutlich über 1 Euro.

Die Deutsche Bank legt kommenden Donnerstag ihre Zahlen für 2009 vor - dann erwarten Analysten eine Aussage über die Dividende. Das Institut hatte bereits angekündigt, dass es bis Anfang 2011 wegen der neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen 5 Milliarden Euro zusätzliches Eigenkapital benötigt, das es vor allem durch die Einbehaltung von Gewinnen bekommen will.

Die Morgan-Stanley-Analysten äußerten die Sorge, dass die europäischen Banken ihre Kräfte - anders als US-Institute - nicht bündeln würden, um zu versuchen, die Baseler Vorschläge noch aufzuweichen. Es bestehe die Gefahr, dass jede Bank separat vorgehe und Einzelinteressen vertrete.


.....

News aus New York: Die Buffett-Rally ist noch nicht vorbei



Seit die Holding von Börsenguru Warren Buffett in den S&P 500 aufgenommen wurde, kletterte die Aktie um vier Prozent. Wer den Einstieg verpasst hat, kann sich trösten. Der Kursanstieg dürfte sich fortsetzen.

In meiner Kolumne vom 7. Januar riet ich vom Goldkauf ab. Dabei schlich sich ein furchtbarer Fehler ein: Statt der amerikanischen Gewichtseinheit Unzen stand dort Tonnen. So viel Gold gibt es nun wirklich nicht. Aber die Argumente bleiben auch bei einem Angebot von "nur" 150.000 Tonnen die Gleichen: Kaum industrielle Nutzung, Inflationsängste sind überzogen. Das Edelmetall fiel seitdem je Unze um 60 Dollar oder mehr als zwei Prozent.


Es gibt bessere Anlagen, wie beispielsweise die vergangene Woche empfohlene Aktie von Warren Buffett,  Berkshire Hathaway. Vor wenigen Tagen wurde die Holding wie vorhergesagt in den S&P 500 aufgenommen, die Aktie stieg um vier Prozent.

Wer den Einstieg verpasst hat, kann sich trösten. Die Kursrallye ist noch nicht vorbei. Berkshire Hathaway besitzt mit einer Marktkapitalisierung von 160 Milliarden Dollar im wahrsten Sinne des Wortes viel Gewicht im S&P 500: Auf einen Schlag landet die Holding mit einer Gewichtung von 1,1 Prozent auf Platz 21 im Index. Das hat Konsequenzen: Indexfonds und ETFs im Wert von insgesamt 3,5 Billionen Dollar müssen die Aktie zukaufen, um die Wertentwicklung vom S&P 500 korrekt zu spiegeln. Damit fließen 38 Milliarden Dollar in die Aktie - 23 Prozent des Börsenwertes.

Das wird den Kurs auf absehbare Zeit treiben: Indexfonds besitzen zeitliche Spielräume, um die Umstellung nachzuvollziehen. Sonst wären sie gezwungen, immer am Tag der Bekanntgabe einzusteigen, wenn der Kurs besonders stark nach oben springt.

Nicht selten geht die Aktie wieder zurück, wenn sich die Aufregung legt. Allerdings sind die Aktionäre von Berkshire Hathaway aus anderem Holz geschnitzt. Sie sind oft schon seit Jahrzehnten

dabei und folgen blind dem Meister Buffett - der seit 45 Jahren eisern an seinem Anteil festhält. "Die Aktionäre trennen sich nicht so schnell von ihren Aktien", analysiert Jonathan Carmel, Fondsmanager von Carmel Asset Management und sagt stark steigende Kurse vorher.

Nach dem kürzlichen Einstieg von Buffett bei dem deutschen Versicherungsunternehmen  Münchener Rück denken viele über eine Kauf des Dax-Wertes nach. Machen sie es sich einfach und kaufen gleich ganz Berkshire. Die B-Aktien sind nach dem 1:50 Split mit 73 Dollar auch für Kleinanleger erschwinglich. Wenn das Geld für eine A-Aktie zum Kurs von knapp 110.000 Dollar reicht, gibt es zudem noch eine Einladung zur berühmten Hauptversammlung, dem "Woodstock der Kapitalisten" Anfang Mai in Omaha.

US-Rentenfonds: Heißer Ritt für deutsche Anleger



Die Ratingagentur Morningstar hat die besten US-Rentenfonds mit langer Laufzeit ermittelt. Bei den Produkten muss ein deutscher Anleger neben dem Zinsrisiko auch das Währungsrisiko bedenken. Das bietet doppelte Chancen – aber auch Gefahren.

Wer in den vergangenen Jahren Geld in Anleihen investierte, hat turbulente Zeiten hinter sich. Im Jahr 2008 brach das Vertrauen selbst in erstklassige Schuldverschreibungen ein. Die Angst verfloß, nachdem Regierungen weltweit die Märkte mit Geld geflutet und Investoren überzeugt hatten, dass die Kapitalmärkte nicht vor dem totalen Kollaps stünden. In den USA erlebte man diesen Zickzackkurs weniger stark als anderswo, denn US-Staatsanleihen blieben gefragt. Irgendwo musste das Geld ja schließlich angelegt werden. Und bei dieser "Flucht in die Qualität" landeten Milliarden aus dem Ausland in den USA.

Mittlerweile haben sich die Vorzeichen umgekehrt: US-Staatsanleihen erlebten im Jahr 2009 einen regelrechten Ausverkauf. Dafür konnten Unternehmensanleihen profitieren: Mit der Risikolaune zogen deren Kurse deutlich an. Seit sich die US-Konjunktur zusehends von der Krise erholt, sind dabei auch Anleihen zyklischer Unternehmen gefragt, die in Aufschwungsphasen besonders profitieren.

Für deutsche Anleger bleibt der US-Anleihemarkt allerdings ein riskantes Investitionsziel. Denn wer seine Erträge am Ende in Euro verbucht, kauft sich mit US-Anleihefonds ein Dollar-Risiko ein. Währungsschwankungen machen in Zeiten billigen Geldes einen viel größeren Teil der Erträge aus als die nominellen Zinsen. Das zeigt sich auch im Morningstar-Rating der Fonds, die überwiegend in US-Festverzinsliche mit längerer Restlaufzeit investieren: Die starken Schwankungen sind vor allem mit dem Auf und Ab von Euro und Dollar zu erklären. Hinzu kommt: Sobald die US-Notenbank die Leitzinsen erhöht, werden die Kurse bestehender Anleihen fallen. Dass die Währungshüter irgendwann handeln werden, steht außer Frage.

Wer übrigens aus Gründen der Streuung in einen der US-Anleihefonds investieren will, sollte zu den Top-Produkten greifen. Zu den besten Fonds mit einem Vier- oder Fünf-Sterne-Rating zählen Allianz Pimco Bondselect US Dollar (LU0035450591); Delta Lloyd L Bond Dollar (LU0077064482), Invesco Bond (IE0003702192) und SGAM Bonds US Opp. Core (LU0011828380). Nicht alle Angebote mit fünf Sternen sind allerdings handelbar. Der Pimco GIS Total Ret Bd ist nur für institutionelle Investoren gedacht. Und der Dresdner High Yield Income wird nur in Japan verkauft. Und der Der Deka-Renten USD TF wird Ende März aufgelöst.

Middle-East-Fonds: In Dubais Schatten



Die Schieflage des Golf-Emirats belastet die gesamte Region. Dabei bietet sie durchaus Einstiegschancen - viele Aktien notieren auf historischen Tiefständen. Geringe Verschuldung und hohe Liquiditätsreserven sind für Investoren ein beruhigendes Argument.

Die Schuldenkrise in Dubai hat der gesamten Region die Party verdorben. Während sich die Investoren in den vergangenen zehn Monaten auf die Aktienmärkte in Asien und Lateinamerika stürzten, führten die Börsen im Nahen Osten und in Nordafrika wegen der Finanzprobleme des Emirats ein Schattendasein.

Doch die Region deshalb abzuschreiben wäre zu kurz gegriffen. Aktien aus Dubai machen gerade einmal sieben Prozent der Marktkapitalisierung der Region aus. Zudem ist das auf Pump basierende Wirtschaftssystem des Emirats einzigartig und mit den restlichen Volkswirtschaften, die zum Teil auf enormen Öl- und Gasvorräten sitzen, nicht zu vergleichen.

Ganz im Gegenteil. Die geringe Verschuldung und die hohen Liquiditätsreserven in der Region sind für Investoren gerade jetzt ein beruhigendes Argument. Von Verschuldungsraten unter 50 Prozent des BIPs, wie sie Länder wie Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) oder Saudi-Arabien nach einer jahrelangen Ölhaushalt aufweisen, können die meisten Industriestaaten nur träumen. Bereits bei einem Ölpreis von 40 bis 50 Dollar ist der Staatshaushalt ausgeglichen.

Für Sicherheit sorgen zudem Hunderte Milliarden, die in diversen Staatsfonds stecken. Allein der Fonds der VAE ist mit mehr als 676 Milliarden Dollar prall gefüllt - genug Geld, um das in Schieflage geratene Förderationsmitglied Dubai mit Verbindlichkeiten von rund 150 Milliarden Dollar aufzufangen. Nicht zuletzt wegen dieser Reserven sei Dubai vom Staatsbankrott "meilenweit entfernt", meint Patryk Jablonowski, Manager des Middle East and Africa Fonds der Dekabank.

Weil die Kurse zurückblieben, sind die Aktien billig. "Die Bewertungen sind auf historischen Tiefständen", sagt Andrea Nannini, der den Aktienfonds Middle East and North Africa von HSBC lenkt. Im Schnitt liegt das Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) in Nordafrika und dem Nahen Osten auf Basis der Gewinnsschätzungen für 2010 bei weniger als 13. Die Aktienmärkte in den Golfstaaten haben ein KGV von etwas über zehn. Das Kurs-Buchwert-Verhältnis liegt bei 1,4. Im Schnitt werden Schwellenländer bei gleichem Gewinnwachstum mit einem KGV von 13,3 und einem Kurs-Buchwert von zwei gehandelt.

Asien oder Lateinamerika sind durch die Zuflüsse schon bei KGVs von mehr als 18 angekommen. Trotz der niedrigen Bewertung bieten die arabischen Länder mit mehr als 19 Prozent unter allen Wachstumsmärkten die höchste Eigenkapitalrentabilität. "Früher oder später wird dieses Ungleichgewicht ausgeglichen", prophezeit Nannini. Ähnlich sieht das Jablonowski: "Wenn die Investoren erkannt haben, dass Dubai nicht vor dem Bankrott steht, wird sich der hohe Bewertungsabschlag verringern."

Ein Treiber für die Region mit ihren rund 360 Millionen Einwohnern ist das günstige demografische Profil. In Länder wie Ägypten oder Saudi-Arabien ist die Bevölkerung besonders jung und damit konsumfreudig. 40 Prozent der Saudis sind jünger als 30. Der Trend hält an.

Weitere Impulse erfährt die Wirtschaft von riesigen Infrastrukturprojekten. "20 Jahre lang wurde mit Ausnahme von Dubai viel zu wenig investiert", sagt Omar Abu Rashed, Arabien-Experte von Union Investment. Das wird jetzt aufgeholt.

Früher oder später werden auch die Aktienmärkte an Fahrt gewinnen. Traditionell sind die Märkte der Region bei Ab- wie Aufschwüngen im Zyklus spät. "Bric-Länder kennen Anleger besser, die werden als Erstes gekauft. Geht denen die Luft aus, werden die arabischen Märkte interessant", weiß HSBC-Mann Nannini. Dennoch befürchtet Union-Experte Abu Rashed, dass der Stimmungsdämpfer Dubai die Märkte im ersten Quartal noch am Boden halten könnte. "Jedoch rechne ich im zweiten Quartal mit einer Outperformance." Auch Deutsche-Bank-Experte Jens Schleuniger ist er "ein wenig skeptisch". Wesentlich für das Image der Region sei Dubai gewesen. "Bis das verlorene Vertrauen wieder aufgebaut wird, könnte es noch dauern."

Anleger, die die Chancen höher einschätzen als die Risiken, können über Aktienfonds in die Region investieren (siehe Tabelle). Mit dem HSBC GIF Middle East & North Africa und dem ING Invest Middle East & North Africa sowie dem Pictet Middle East and North Africa Fund stehen drei der wenigen hier erhältlichen reinen Arabienfonds zur Auswahl. Gebühren lassen sich mit dem iShares MSCI GCC Countries ex-Saudi Arabia sparen. Der ETF bildet die Entwicklung der Börsen in Bahrain, Kuwait, Oman, Katar und den VAE nach.

Ausgewählte Aktienfonds

Fonds/ETF	ISIN	Perform. in %		Agio in %	Gebühr p. a. in %
		1 Monat	3 Monate		
ING (L) Invest Middle East & North Africa P	LU0396248931	2,36	-5,82	3,00	1,5
Pictet (LUX) ME and North Africa-HR-EUR	LU0413368035	-0,43	-12,57	5,00	3,45
HSBC GIF M. East and North Africa Equity AD	LU0449514289	1,81	k. A.*	5,54	1,5
iShares MSCI GCC Countries ex-Saudi Arabia	DE000A0RM470	-3,37	-13,65	0,00	0,80**

*) k. A. = keine Angaben, da erst kurze Zeit am Markt; **) All-in-Fee; Stand 20.1.2010; Quelle: Morningstar, Onvista

.....

Keine Transparenz: Fondsanbieter tricksen bei Performancegebühren



Erfolgsvergütungen kommen bei Fonds in Mode. Dabei geht es oft nicht fair zu, wie eine Studie zeigt. Viele Fonds schnitten gleich in mehreren Kriterien schlecht ab, vor allem bei der Wahl eines geeigneten Erfolgsmaßstabs.

Erfolg soll sich auszahlen. Dieses Mantra bemüht allzu gern die Finanzbranche, wenn es darum geht, hohe Boni zu verteidigen. Doch es scheint, als sei Erfolg eine schwammige Größe: Das gilt für die Leistung von Investmentbankern wie für die von Fondsmanager, wie die Zeitschrift "Finanztest" in einer Untersuchung festgestellt hat. Denn sie zeigt, dass die Manager auch dann Erfolgsgebühren verlangen, wenn sie nicht überragend gewirtschaftet haben.

Für ihre Analyse hat die Zeitschrift die Erfolgsvergütungen von 72 Aktienfonds unter die Lupe genommen, die das Kapital weltweit anlegen und mindestens fünf Jahre alt sind. Dabei wurde deutlich: Nur ein Bruchteil der Fonds erhebt die Extraprämien so, dass es wenig zu beanstanden gibt. "Erfolgsabhängige Gebühren wären akzeptabel, solange sie fair gestaltet und nicht übermäßig hoch sind. Nur suchten wir das in unserer Untersuchung vergeblich", sagt Roland Aulitzky, Anlageexperte bei "Finanztest".

Für ihre Auswertung haben die Experten die Erfolgsgebühren nach den wichtigsten Kriterien aufgeschlüsselt: Wählen die Fonds einen fairen Vergleichsmaßstab, berücksichtigen sie frühere Verlustphasen sowie fixe Gebühren und langen sie bei den Prämien nicht übermäßig zu? Das Ergebnis ist ernüchternd: Viele Fonds schnitten gleich in mehreren Kriterien schlecht ab.

Schwächen offenbarten die Anbieter vor allem bei der Wahl eines geeigneten Erfolgsmaßstabs. Viele Fonds orientieren sich weder an einem Index noch an einer absoluten Renditezahl, sondern kassieren bereits eine Erfolgsgebühr, wenn sie überhaupt eine positive Rendite erzielt haben. Immerhin 15 Fonds verfahren so. Eine positive Rendite rechtfertigt aber allein noch keinen Bonus, wenn gleichzeitig der breite Markt deutlich stärker zugelegt hat.

Ebenfalls ein großes Problem ist, dass etliche Gesellschaften die Verluste in früheren Phasen nicht berücksichtigen. So kommt es oft vor, dass ein Fonds in einem erfolgreichen Jahr eine Extragebühr verlangt, obwohl das Minus aus dem Vorjahr noch nicht ausgeglichen wurde. Rund die Hälfte der untersuchten Fonds wies keinen Puffer auf. Dabei halten selbst Dachfondsmanager wie Hermann-Josef Hall von Sauren eine sogenannte High Watermark als unabdingbare Voraussetzung für eine faire Erfolgsvergütung.

Gebührenkriterien

Zweifelhaft ist mitunter schon die Ermittlung des Anlageerfolgs. Zwar berechnen die meisten Fonds ihre Ergebnisse auf Basis des Geschäftsjahres, einige wählen aber kürzere Intervalle und berechnen den Erfolg halbjährlich oder gar monatlich. Eine weit verbreitete Methode ist auch, die Performancegebühr anhand der Rendite vor Abzug der fixen Kosten zu ermitteln. Fairer wäre es, die Prämie auf die Nettorendite - also nach Abzug der sonstigen Kosten - zu erheben. Zumal die Prämien üppig ausfallen. 33 der untersuchten Fonds genehmigen sich einen Anteil an der Überrendite von 20 oder 25 Prozent.

Auch die Ratingagenturen monieren seit Langem die Gebührenmodelle. "Wir haben zwar keine Studie gemacht", sagt Natalia Wolfstetter, Analystin bei Morningstar. Die Erfahrung zeige aber, dass eine Erfolgsgebühr keine Garantie dafür sei, dass ein Fonds auch gut ist. "Teils wundern wir uns, dass bestimmte Fonds überhaupt eine Erfolgsgebühr einführen."

Morningstar legt vergleichbare Maßstäbe an. "Wir haben ähnliche Kriterien für erfolgsabhängige Gebühren. Wenn der Vergleichsindex keinen Sinn ergibt, ist das ein Minuspunkt. Eine Erfolgsgebühr ohne Verlustvortrag sehen wir auch als Minuspunkt", so Wolfstetter. Auch sie findet: "Eine Erfolgsgebühr von 20 Prozent ist zu viel, 10 oder 15 Prozent wären noch in Ordnung - wenn es überhaupt eine erfolgsabhängige Gebühr geben muss."

Allein entscheidend für die Fondsauswahl seien die Erfolgsgebühren aber nicht, befinden die Experten von "Finanztest". Es gebe auch Spitzenfonds, die mit ihrem Gebührenmodell nicht völlig überzeugen. Empfehlenswert seien sie dennoch. Denn wenigstens stimmt bei ihnen eines: Sie haben Erfolg.

Gebührenkriterien

High Watermark Erfolgsgebühren sollten sich am historischen Höchststand orientieren. Erst wenn dieser übertroffen wird, darf das Management wieder zusätzliche Prämien verlangen.

Erfolgsmaßstab Der Erfolg sollte sich an einem geeigneten Vergleichsindex bemessen, bei globalen Aktienfonds etwa am MSCI World. Alternativ kann ein absolutes Renditeziel als Maßstab gelten, solange der Wert nicht zu tief angesetzt wird.

Berechnungsintervall Der Anlageerfolg lässt sich erst nach Ende des Geschäftsjahres sinnvoll beurteilen. Einige Fonds erheben Gebühren aber anhand halbjährlicher oder monatlicher Ergebnisse.

Nettoergebnis Vor Erhebung von Erfolgsprämien sollten die fixen Gebühren vom Anlageerfolg abgezogen werden. Viele Anbieter berechnen die Extraspesen auf Basis der Bruttoergebnisse.

.....

Gebrauchte Schiffe: Schiffsfonds setzen auf Schnäppchen



Fondshäuser wollen sich die Schifffahrtskrise zu Nutze machen und Notleidende Schiffe kaufen. Anleger halten sich bislang zurück - aus gutem Grund.

Der Verkauf von klassischen Schiffsfonds ist nahezu zum Erliegen gekommen, jetzt wollen einige Anbieter von der Krise profitieren. Ihr Geschäftsmodell klingt plausibel: heute günstig notleidende

Schiffe übernehmen und sie in einigen Jahren teuer weiterverkaufen. Mehr als ein halbes Dutzend dieser Geierfonds gibt es schon auf dem Markt. Sie tragen Namen wie Marktchance, Krisengewinner oder Schnäppchenfonds. Ob sich die geplanten Käufe wirklich zu einem Schnäppchen für die Anleger entwickeln, wird sich aber erst in einigen Jahren zeigen.

Die Marktpreise für Schiffe sind im vergangenen Jahr je nach Typ um mehr als die Hälfte gefallen. Die ersten Schnäppchenjäger haben 2009 schon zugeschlagen. Das Hamburger Emissionshaus Maritim Equity hat zusammen mit der Reederei Carsten Rehder zwei Containerfrachter gekauft. Die Schiffe kosteten je 21,5 Millionen Dollar. Typgleiche Schiffe lagen vor dem Absturz der Schifffahrtmärkte bei 45 Millionen Dollar.

Schifffahrtskrise

Arbeitslos Mehr als 500 Containerschiffe sind derzeit ohne Beschäftigung. Die großen Linienreedereien chartern - also mieten - zwar wieder mehr Schiffe, aber die Überkapazitäten sind noch immer groß. Außerdem drängen viele Neubauten auf den Markt. Ein

Marktgleichgewicht erwarten Experten erst in zwei bis drei Jahren.

Unterbezahlt Die Charraten, die Linien für gemietete Schiffe zahlen, sind in den vergangenen Wochen zwar gestiegen, reichen bei vielen Schiffen aber immer noch nicht für Betriebskosten und Kapaldienst. Wer jetzt kauft, muss Phasen mit nicht ausreichend bezahlter oder gar keiner Beschäftigung einplanen.

Außer Maritim Equity hat bisher nur die Oltmann Gruppe aus Leer mit ihrem Schnäppchenfonds Schiffe gekauft. HCI Capital, bisher Marktführer bei klassischen Schiffsfonds, will erst in diesem Jahr zugreifen. "Wir gehen davon aus, dass wir die wirklich attraktiven Opportunitäten erst im Laufe des gerade begonnenen Jahres und im kommenden Jahr sehen werden", sagt Vorstandsmitglied Oliver Moosmayer. Bisher gab es wenige Notverkäufe von Schiffen, da die Banken noch viel Geduld mit ihren säumigen Kunden aus der Schifffahrt haben - im eigenen Interesse. Denn sollte es zu einer Welle von Verkäufen zu Niedrigstpreisen kommen, drohen hohe Abschreibungen.

Manche Experten sind skeptisch, dass sich das ändert. "In den kommenden Monaten wird sich zeigen, ob sich überhaupt ausreichend Gelegenheiten zum Kauf gebrauchter Schiffe zu Schnäppchenpreisen bieten werden", sagt Tim Richter von Nordcapital, einem der größten Anbieter von Schiffsbeteiligungen.

Nicht nur fehlende Kaufgelegenheiten bremsen die Fonds. Das Interesse der Anleger ist längst nicht so groß wie erhofft. So hat HCI mit seinem Fonds HCI Shipping Opportunity bislang 4 Millionen Euro bei wohlhabenden Privatleuten eingesammelt, angepeilt sind mindestens 20 Millionen Euro. "Generell ist die Ausbeute der Schnäppchenfonds bisher sehr dürftig gewesen", sagt der Schiffsfondsexperte Jürgen Dobert.

Die meisten Fonds sind Blind Pools

Die Zurückhaltung der Anleger ist auch darauf zurückzuführen, dass die Fonds als Blind Pools konzipiert sind. Anleger wissen bei Zeichnung der Fondsanteile nicht, wofür ihr Geld später verwendet wird. Normalerweise wissen die Investoren, welches Schiff sie finanzieren. Blind-Pool-Konzepte werden dennoch auch nach der Krise Bestand haben, glaubt Hans-Jürgen Kaiser-Blum, Geschäftsführer des Anbieters Ocean Partners Shipping (OPS). Denn das traditionelle Modell, bei dem die Banken ein Schiff vorfinanzierten, bis das Eigenkapital von Investoren eingesammelt war, werde nicht mehr funktionieren, sagt er. OPS gehört mit 29 Millionen Euro an eingeworbenem Kapital zu den erfolgreicherem Kapitalsammlern. Allerdings hat der Anbieter seinen Schnäppchenfonds schon vor eineinhalb Jahren aufgelegt.

Der OPS-Fonds geht jetzt in die Investitionsphase. Kaiser-Blum will bis zu vier Containerschiffe kaufen. Angebote gebe es genug, sagt er, etwa 20 bis 30 Objekte kämen für seinen Fonds infrage.

Gefahr unter Investitionszwang zu geraten

Am billigsten sind Schiffe ohne aktuellen Chartervertrag. Dafür muss der Fonds die beschäftigungslose Zeit überbrücken können. "Ein günstig erworbenes Schiff kann durch Aufliege-, Zins- und Eigenkapitalkosten sehr schnell wieder teuer werden", sagt HCI-Vorstand Moosmayer. Für ein mittelgroßes Schiff, das 2009 für 20 Millionen Dollar erworben wurde, könnten so jährliche Kosten von 3,5 Millionen Dollar entstehen. Ein günstiger Kaufpreis allein garantiert also nicht, dass der Fonds auch für die Anleger ein Erfolg wird. "Ob der Kauf eines Schiffs ein Schnäppchen war, entscheidet sich erst im Laufe der nächsten Jahre", betont Dobert.

Einig sind sich die Initiatoren darin, dass man Erfahrung und Kontakte braucht, um an günstige Schiffe zu kommen. Bei OPS soll dafür der Gesellschafter Howe Robinson bürgen - einer der weltgrößten Schiffsmakler. HCI kooperiert mit der Reederei Peter Döhle, einem der wichtigsten Vermieter von Containerschiffen. Dennoch ist es fraglich, ob die Schnäppchenfonds an die besten Stücke auf dem Markt herankommen werden, sagt Dobert. Er sieht die Gefahr, dass die Fonds irgendwann unter Investitionszwang geraten und nicht auf das beste Angebot warten können.

Garantiezertifikate: Sicherheitsnetz mit Lücken



Für Zinssparer gibt es derzeit wenig zu holen. Der niedrige Leitzins schmälert die Erträge von Sparguthaben. Die mageren Zinsen verschlechtern jedoch auch die Konditionen von Garantiezertifikaten. Die Emittenten gehen daher zunehmend dazu über, den Kapitalschutz bei diesen Produkten aufzuweichen.

Um den Zusammenhang zu verstehen, muss man die Konstruktion eines Garantiezertifikats kennen. Es besteht aus einer Nullkuponanleihe und einer Kaufoption (Call). Die Nullkuponanleihe, in die der größte Teil des Anlagebetrags fließt, garantiert den vollständigen Kapitalschutz zum Laufzeitende. Der restliche Betrag wird in einen Call auf den Basiswert investiert. Er sorgt für die Rendite. Je niedriger der Marktzins, desto teurer wird die Nullkuponanleihe, und desto weniger verbleibt für den Kauf eines Call. Nach einer Auswertung des Analysehauses Derixx kostete ein Bundesschatzbrief Euromit einjähriger Laufzeit und einem Nennwert von 1000 Euro im Februar 2008 nur 966,20 Euro, aktuell sind 994 Euro fällig. Den Emittenten bleiben also nur 6 Euro für den Kauf des Calls, die Marge der Bank ist dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Fluch der niedrigen Zinsen

Um ein Garantiezertifikat abzusichern, kauft der Emittent eine Nullkuponanleihe, die bei Fälligkeit zu 100 Prozent notiert. Die Verzinsung ergibt sich aus der Differenz zwischen An- und Verkaufspreis. Je niedriger der Marktzins, desto teurer ist die Anleihe.

Mathias Kolbeck, Zertifikate-Experte der WestLB, räumt ein, dass der aktuelle Marktzins wenig Renditespielraum für klassische Garantiepapier bietet. Die Bank bringt daher ein Papier auf den Euro Stoxx 50 auf den Markt, bei dem der Kapitalschutz zum Laufzeitende auf 85 Prozent der Anlagesumme begrenzt ist. Dadurch sinken die Absicherungskosten, und es verbleibt ein höherer Betrag für den Kauf des Calls. Das hat für Anleger den Vorteil, dass sie unbegrenzt an Wertsteigerungen partizipieren. Entwickelt sich die Börse aber schlecht, verlieren sie bis zu 15 Prozent. Laut Kolbeck stößt die neue Variante auf Resonanz: "Viele Kunden sind bereit, ein moderates Risiko einzugehen, um im Gegenzug bessere Renditechancen zu erhalten."

Weniger ins Risiko nimmt die BayernLB die Anleger. Auch sie bietet mit der IndexProtect 90 Prozent-Anleihe II ein Garantiezertifikat auf den Euro Stoxx 50 an, die Laufzeit ist mit dem Papier der WestLB nahezu identisch. Wie der Name schon verrät, garantiert die BayernLB jedoch die Rückzahlung von 90 Prozent des eingezahlten Nominalbetrags zum Laufzeitende. Sollte der europäische Leitindex am 5. Februar 2016 unter 90 Prozent seines Startwerts vom 29. Januar 2010 notieren, verlieren Anleger auch dennoch maximal zehn Prozent des Kapitals. Wie bei der WestLB nehmen sie nach oben uneingeschränkt an Kursgewinnen teil.

Kapitalgarantie bezieht sich nur auf den Nominalwert

Einen anderen Weg geht die DZ Bank. Sie tastet bei ihrem kürzlich aufgelegten Garantiezertifikat auf den Euro Stoxx 50 den Kapitalschutz nicht an. "Die Klassiker werden nach wie vor stark nachgefragt. Sicherheit steht für viele Anleger immer noch im Vordergrund", begründet Thomas Mildner, Zertifikate-Experte der DZ Bank, die Strategie. Dafür ist das Garantiezertifikat mit einer Gewinnobergrenze (Cap) ausgestattet. Das heißt, Anleger partizipieren bei größeren Kurszuwächsen nicht vollständig. Beim IndexKlassik Garant VIII der DZ Bank liegt der Cap bei 130 Prozent des Startwerts von 2794 Punkten am 6. November 2009. Auf den Nennwert des Zertifikats von 100 Euro bezogen, beträgt die maximale Rückzahlung somit 130 Euro, was einer Jahresrendite von rund 5,4 Prozent entspricht.

Anleger sollten jedoch beachten, dass sich bei allen Produkten die jeweilige Kapitalgarantie nur auf den Nominalwert der Papiere bezieht. Der Ausgabeaufschlag wird nicht erstattet. Auch greift der Kapitalschutz erst zum Laufzeitende. Für Zertifikate, die auf dem Markt sind, können sich die Risiko- und Renditeprofile börsentäglich ändern.

Im Unterschied zu Indexzertifikaten sind die Kapitalschutzpapiere zudem auf Preisindizes aufgelegt. Die Dividenden der im Index vertretenen Unternehmen werden bei der Wertentwicklung nicht berücksichtigt. Als Gegenleistung für die Kapitalsicherung verzichten Anleger somit auf die Ausschüttungen. Beim Euro Stoxx 50 beträgt die Dividendenrendite aktuell immerhin rund 3,7 Prozent. Außerdem sind die Managementgebühren bei Garantiepapieren in der Regel höher als bei Indexzertifikaten, die passiv gemanagt werden.

Ausgewählte Garantiezertifikate auf den Euro Stoxx 50

Emittent	ISIN	Laufzeit	Kapitalschutz	Cap	Kurs
DZ Bank	DE000AKoEU12	13.11.2014	100%	130%	95,93 €
BayernLB*	DE000BLB63V2	05.02.2016	90%	unbegrenzt	101,50%
WestLB*	DE000WLB3HV1	19.02.2016	85%	unbegrenzt	102,00%
LBB*	DE000LBB4BY1	29.01.2016	85%	unbegrenzt	101,50%
HVB	DE000HV5A2Z3	13.01.2015	90%	140%	98,00 €

** Produkt ist noch in der Zeichnung, Kurs als Prozentnotiz inklusive Agio; Quelle: Anbieter; Stand: 26. 1. 10*



Indexzertifikate: HVB setzt auf russische Aktienmarktsektoren



Die HypoVereinsbank (HVB) bietet als erster Emittent Zertifikate auf zwei von der Wiener Börse berechnete russische Sektorindizes an: den RDX Oil & Gas sowie den RDX Mining & Metals.

Der RDX Oil & Gas besteht aktuell aus jeweils sieben ADRs (American Deposit-Receipts) und GDRs (Global Deposit-Receipts) von Lukoil, Gazprom, Rosneft, Tatneft, Surgutneftegaz, Novatek und Gazpromneft.

Ebenfalls sieben GDRs beziehungsweise ADRs enthält der RDX Mining & Metals Index. Enthalten sind Norilsk Nickel, Evraz Group, Novolipetsk Steel, Polyus Gold, Magnitogorsk, Severstal und TMK.

Beide Indizes werden in Euro berechnet und seit 12. Januar unter www.indices.cc veröffentlicht. Die Zertifikate spiegeln jeweils ein Hundertstel des Indexstands wider.

Bei beiden Barometern handelt es sich um kapitalisierungsgewichtete Preisindizes. Das bedeutet, dass Werte mit hoher Marktkapitalisierung entsprechend stärker gewichtet sind und die von den Unternehmen gezahlten Dividenden nicht bei der Performanceberechnung berücksichtigt werden. Im Gegenzug erhebt die HVB keine Managementgebühren.

Steckbrief RDX Oil & Gas

ISIN	DE000HV5A949
Name	RDX Mining & Metals
ISIN	DE000HV5A931
Emittent	HypoVereinsbank
Bezugsverhältnis	0,11111111
Kurs	18,92/30,79 €

.....

Optionsscheine: Langfristige Wetten werden billiger



Die in den vergangenen Wochen gesunkene Volatilität an den Aktienmärkten macht Kaufoptionen billiger. Das erleichtert langfristige Wetten. Bei der Wahl des Produkts sollten Anleger auf die Details achten.

Nach dem freundlichen Jahresstart befindet sich der Dax seit einigen Tagen in einer Korrekturphase. Die Abwärtsbewegung könnte aber in der Nähe des 200-Tage-Durchschnitts bei aktuell 5350 Punkten zum Stehen kommen, ehe sich der langfristige Aufwärtstrend wieder fortsetzt.


Für langfristig optimistisch eingestellte Anleger sind lang laufende Optionsscheine interessant. Denn parallel zur freundlichen Kursentwicklung im Verlauf des Jahres 2009 sind auch die erwarteten Schwankungsbreiten (impliziten Volatilitäten) wieder deutlich gesunken. Damit sind Kaufoptionen (Calls) wieder günstiger zu haben. Denn die implizite Volatilität hat einen großen Einfluss auf ihren Preis: Je höher die erwartete Schwankungsbreite, desto wahrscheinlicher ist es, dass der Basiswert das gewünschte Niveau erreicht. Entsprechend verteuern sich die Calls.

Ein Dax-Call mit Laufzeit bis Dezember 2014 und einem Basispreis von 5000 Punkten kostet aktuell 18,54 Euro oder 1854 Punkte. Was auf den ersten Blick sehr teuer aussieht, relativiert sich bei genauerer Betrachtung. Damit der Anleger mit diesem Call einen Gewinn erzielt, muss der Dax auf mindestens 6854 Punkte steigen. Das sind vom heutigen Kursniveau aus rund 22 Prozent - dafür hat der Dax aber fast fünf Jahre Zeit.

Unterschiede bei amerikanischen Warrants beachten

Bei der Wahl des Optionsscheins sollten Anleger auf die Details achten: Grundsätzlich gibt es zwei verschiedene Gattungen. Bei Warrants amerikanischen Typs ist der Kauf eines Basiswerts zum vorher festgelegten Preis jederzeit während der Laufzeit möglich. Bei Papieren europäischen Stils darf die Option nur zum Laufzeitende ausgeübt werden. Die Unterscheidung ist beim Dax weniger wichtig. Denn in den Performance-Index werden die Dividenden mit einberechnet. Bei Warrants auf Einzelaktien oder auf Kursindizes wie den Euro Stoxx 50 spielt die Ausgestaltung des Optionsscheins hingegen eine große Rolle. Hier sollten Anleger nur Warrants mit amerikanischem Ausübungsrecht erwerben.

Da der Euro Stoxx 50 ein Kursindex ist, sind Calls auf den europäischen Index günstiger als auf den Dax. Obwohl der Euro Stoxx 50 aktuell bei rund 2800 Punkten steht, kostet der Call mit Basispreis 2400 Punkte und Laufzeit Dezember 2014 nur 6,15 Euro. Das bedeutet, dass Anleger bereits bei einem Indexstand von rund 3015 Punkten einen Gewinn erzielen. Das entspricht einem Kursanstieg von rund acht Prozent.

Bei dividendenstarken Titeln wie  Eon sind langlaufende Calls derzeit ebenfalls günstig zu haben. Bei Eon reicht etwa ein Kursanstieg bis auf 31,30 Euro aus, damit Anleger einen Gewinn erzielen. Allerdings gehen den Anlegern auch die Dividenden verloren.

.....

Empfehlung: Mit hohem Puffer nach Osteuropa



Die letzten Monate meinten es gut mit den Aktienmärkten in Osteuropa. Doch jetzt dürfte sich auch dort die Stimmung abkühlen. Ein Capped-Bonus-Zertifikat auf den CECE mit einem hohen Sicherheitspuffer bietet eine attraktive Seitwärtsrendite.

Gut gelaufen sind zuletzt die osteuropäischen Märkte. Grund dafür ist, dass sie noch Nachholbedarf haben und gegenüber anderen Börsen zurückgeblieben sind. Auch die Wirtschaftsindikatoren zeigten zuletzt eine Verbesserung an. Wohl deswegen sprangen die Anleger auf den Zug auf. Nach dem Anstieg ist nun erst einmal mit einer Seitwärtsbewegung zu rechnen. Investoren sollten daher ihre Gewinne mitnehmen und auf ein defensives Bonuszertifikat auf den CECE setzen. Die Osteuropa-Benchmark umfasst die wichtigsten Aktien aus den drei etablierten Märkten Tschechien, Ungarn und Polen. In dem Barometer sind viele Versorger, Öl- und Pharmakonzerne enthalten, weshalb der Index vergleichsweise wenig schwankt. Zumal Tschechien und Polen gut durch die Finanzkrise gekommen sind. Nur Ungarn hat große wirtschaftliche Probleme.

Mit einem Capped-Bonus-Zertifikat auf den CECE der Royal Bank of Scotland sind Anleger defensiv gut in der Region aufgestellt. Fällt der Index vom derzeitigen Niveau von 1908 Punkten bis zur Fälligkeit Mitte Dezember 2010 nie auf die Barriere von 1000 Punkte oder darunter, das ist ein Risikopuffer von 47,60 Prozent, erhalten Investoren den maximalen Gewinn von 8,50 Prozent oder 9,53 Prozent jährlich ausbezahlt. Übertrifft der CECE die Obergrenze von 2100 Punkten haben Anleger jedoch nichts mehr davon. Nur wenn die Barriere während der Laufzeit touchiert wird, entstehen Verluste. Die können dann aber hoch sein.

Steckbrief Capped Bonus CECE


Emittent	RBS
WKN	AA12EY
Cap	2100 Indexpunkte
Barriere	1000 Indexpunkte
Kurs	19,36 Euro
Spread	0,8 Prozent
Laufzeit	17.12.2010
Währungssicherung	nein

Festgeld: (Not) too big to fail



Mit Festgeldzinsen von bis zu 4,7 Prozent macht die estnische BigBank hierzulande auf sich aufmerksam. Die Einlagensicherung lässt jedoch zu wünschen übrig.

Es ist kein Größenwahn, warum die BigBank aus Estland heißt, wie sie heißt. Zumal in Zeiten der Finanzkrise, die Größe einer Bank nicht gerade ein gutes Omen ist. Die Buchstaben Big stehen für Balti Investeeringute Grupp, frei übersetzt "Baltische Anlage Bank".

Tatsächlich groß ist das Zinsversprechen des 1992 gegründeten Instituts an deutsche Sparer, die mehr als 1000 Euro anlegen wollen. Bei 2,9 Prozent beginnt die Zinsskala - und zwar für alle, die Geld ein halbes Jahr den Esten anvertrauen - bei 4,7 Prozent endet sie. Diesen Satz gibt es für alle, die fünf Jahre lang auf ihr Geld warten können. Das klassische einjährige Festgeld kommt auf 3,3 Prozent. Zum Vergleich: Die ICICI Bank als zweitplatzierte Anbieter im  Capital-Festgeldvergleich bietet auf ein Jahr gerade einmal 2,6 Prozent. Jedoch ist die ICICI Bank Mitglied des Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken. Somit sind pro Kunde 1,5 Millionen Euro gesichert.

Schwache Einlagensicherung relativiert den Zinsgenuss

Ein Blick auf die Einlagensicherung der BigBank, relativiert den Zinsgenuss jedoch erheblich. Im Falle einer Insolvenz schützt Estland die Festgelder pro Kopf bis zu einer Höhe von 50.000 Euro. Das ist EU-Standard, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Wie andere Volkswirtschaften Osteuropas auch, hat Estland unter der Wirtschafts- und Finanzkrise gelitten. Dementsprechend gibt es Zweifel an der Bonität der Baltenrepublik, auch wenn die Rating-Agentur Moody's dem Land kürzlich das beste Rating unter den EU-Staaten gab, die noch nicht den Euro eingeführt haben.

"Anleger, die auf Sicherheit wert legen sollten sich nach Angeboten mit einer deutschen Einlagensicherung umschauchen", sagt Niels Nauhauser von der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg. Es gebe keine Garantie, dass übrigen EU -Staaten im Falle einer Insolvenz Estlands einspringen würde, um die Ersparnisse ausländischer Kunden zu retten.

Die Kunden der vor mehr als einem Jahr untergegangenen Kaupthing Bank hatten rund ein halbes Jahr auf ihr Geld warten müssen. Damals hatte die Bundesrepublik den Isländern mit einem Kredit zur Hilfe kommen müssen. "Wer sich trotzdem für ein Konto bei BigBank entscheidet, sollte sich der Risiken bewusst sein", so Nauhauser. Kontakt zur BigBank gibt es nur via Telefon oder Email. Eine deutsche Repräsentanz gibt es nicht, allerdings scheinen die Esten bereit zu sein auch mit Filialen zu expandieren. So gibt es Geschäftsstellen in Lettland und Litauen, sowie seit einigen Monaten auch in Finnland.

Wir empfehlen, das gewiss verlockende Angebot mit Vorsicht zu genießen. Die Einlagensicherung erfüllt nur die Mindestanforderungen. Und es gibt keine Erfahrung, wie lange Kunden auf ihr Geld warten müssen, sollte eine estnische Bank Pleite gehen.



Finanzberatung: Studie zeigt Schwächen der Verbraucherzentralen



Verbraucherschützer geißeln gern die mangelnde Qualität in der Finanzberatung. Eine Studie zeigt Schwächen - bei den Kritikern. Denn die sind selbst als Berater aktiv.

Der Finanzberater namens F. Hai zündet sich genüsslich eine Zigarre an. Er hat soeben einem unbedarften Pärchen überteuerte Produkte verkauft, um eine dicke Provision zu kassieren. Dieses Video hat die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg vor einigen Monaten ins Netz gestellt. Es soll illustrieren, dass viele Finanzvermittler angeblich schlecht beraten. Daraufhin hagelte es Proteste aus der Branche. Einer der Vorwürfe: Die Verbraucherschützer wollten auf diese Weise mehr Geld vom Staat herauschlagen - für ihre eigenen Beratungen, deren Qualität nur unzureichend gesichert sei.

Nun ist eine Studie erschienen, die genau diese Qualität untersucht. Die Ergebnisse klingen ernüchternd: Die Vorgehensweise der Verbraucherzentralen in fünf getesteten Städten sei "deutschlandweit uneinheitlich". 90 Minuten für ein Gespräch zur Altersvorsorge seien im Vergleich zur Höhe der Gebühren von bis zu 150 Euro kurz. Die persönlichen Umstände der Kunden würden mangelhaft aufgenommen. Die Güte der Tipps schwanke von "schlecht bis ausgezeichnet". Uneingeschränkt positiv wird lediglich die "freundliche und vertrauenswürdige Art der Berater" bewertet.

Nun könnte man das Papier rasch beiseite tun. Auftraggeber ist das Hamburger Institut für Management- und Wirtschaftsforschung, das erstens reichlich unbekannt ist und zweitens zum Gutteil von Aufträgen aus der Finanzindustrie lebt. Studienleiter Jörg Forthmann arbeitet hauptberuflich bei der PR-Agentur Faktenkontor, deren Kundenliste sich wie ein Who's who der Finanzbranche liest. Außerdem fußt die Studie auf gerade einmal zehn verdeckten Tests, also zwei pro Stadt.

Allerdings sind manche Ergebnisse tatsächlich krass: So erfragte ein Münchner Berater weder die Zahl der Kinder, Vermögensverhältnisse, Verbindlichkeiten, Erfahrungen in der Geldanlage noch die Risikobereitschaft. In Berlin war weder die Versorgungslücke Thema des Gesprächs, noch persönliche Ziele oder eventuelles Vorwissen.

Verbraucherzentralen verkaufen keine Produkte

Den Verbraucherschützern sind solche Missstände nicht unbekannt. Sie haben - unabhängig von der Studie - bereits vor einigen Wochen reagiert. Der Verbraucherzentrale Bundesverband empfahl seinen 16 Mitgliedern, ab April für jedes Gespräch eine Kombination aus Checkliste und Protokoll zu verwenden. "Der Berater soll es unterschreiben und an den Kunden weitergeben", sagt Wolfgang Schulzinski von der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. In seinem Bundesland sei dies bereits seit Jahren Praxis.

Mit der Aktion will der Verband unter anderem seinen Kritikern bei den Banken den Wind aus den Segeln nehmen. Die Geldhäuser müssen seit Jahresanfang Beratungsprotokolle anfertigen. Sie werfen nun den Verbraucherschützern vor, sich nicht an die Standards zu halten, die sie selbst gefordert haben. Ein Unterschied bleibt allerdings: Die Verbraucherzentralen verkaufen keine Produkte, sondern geben höchstens Tipps. Deshalb müssen sie auch weiterhin nicht über offene und versteckte Provisionen informieren.

Vertriebsprovisionen: Commerzbank wegen Falschberatung verklagt



Rund 300.000 Euro sollten risikolos anlegt werden. Ein Bankberater empfahl der Kundin einen Fonds, der sich als unsicher erwies. Nun muss sich das Institut vor Gericht verantworten.

Wie die Anwaltskanzlei Hahn Rechtsanwälte Partnerschaft am Freitag mitteilte, habe sie am Landgericht Berlin Klage gegen das Kreditinstitut eingereicht. Verklagt wird die Commerzbank als Rechtsnachfolgerin der Dresdner Bank, die sie 2009 übernommen hatte. Die Klägerin wollte nach Angaben ihre Anwälte im Jahr 2008 rund 300.000 Euro für ein bis zwei Jahre risikolos anlegen. Ein Mitarbeiter der Dresdner Bank habe ihr daraufhin Anteile am offenen Immobilienfonds P2 Value von Morgan Stanley empfohlen. Die Investition stellte sich jedoch nicht als so sicher heraus.

Der Fonds ist seit Oktober 2008 eingefroren, Anleger können ihre Anteile nur mit hohen Abschlägen an der Börse verkaufen. Zudem wertete Morgan Stanley die Immobilien im Juli 2009 um 10,4 Prozent ab, was einem Abschlag von 13,9 Prozent der Fondsvermögens entsprach. Die Klägerin wirft der Bank Beratungsfehler vor. So habe sie vor dem Kauf keinen Fondsprospekt erhalten und sei nicht über die Provision aufgeklärt worden, die die Bank für den Vertrieb erhalten habe.

Hotelkonzern unter Verdacht: Neuer Fall von Kreditkartenbetrug



In Deutschland gibt es erneut einen Fall von Datenmissbrauch. Kartenanbieter Mastercard hat die Banken bereits vor Betrugsfällen gewarnt.

Nach Informationen der "Financial Times Deutschland" (FTD) richtet sich der Verdacht gegen den US-Hotelbetreiber **Starwood**, dem Ketten wie Sheraton, Westin und Le Méridien gehören. Bei mehreren Kunden soll es zu illegalen Abbuchungen gekommen sein, nachdem sie mit den Karten Hotelübernachtungen bezahlt hatten. Betroffen ist etwa das Sheraton-Hotel in Frankfurt.

"Wir sind über das Problem informiert worden und untersuchen die Vorfälle", teilte Starwood mit. Bislang sei in keinem Hotel oder Buchungssystem ein Datenmissbrauch entdeckt worden.

Der Fall belegt einmal mehr die Anfälligkeit elektronischer Zahlungssysteme für Betrugereien. Erst im November war es zur größten Rückrufaktion von Kreditkarten in Deutschland gekommen. Damals tauschten die Banken rund 250.000 Karten aus, die von Juli bis November 2009 in Spanien eingesetzt wurden. Ursache war ein mutmaßlicher Datenabgriff bei einem Prozessor. Ein Prozessor wickelt Kreditkartenzahlungen ab und sorgt etwa dafür, dass Einzelhändler ihr Geld bekommen. Für Schäden durch Kreditkartenmissbrauch haften jedoch ausschließlich die Banken.

Aktuell sind Miles-and-more-Karten mit Bezahlfunktion betroffen, die von der Lufthansa und ihrem Kooperationspartner DKB-Bank ausgegeben und von vielen Geschäftsreisenden genutzt werden. Der FTD liegen Abrechnungen von Miles-and-More-Kunden vor, die belegen, dass bereits im Oktober illegale Abbuchungen in den USA stattfanden. Stets wurden die Karten zuvor im Sheraton-Hotel in Frankfurt genutzt.


Das Datenleck ist bis zum Dienstag nicht geschlossen. Noch im Januar musste die **Lufthansa** Karten sperren, weil es wiederholt zu betrügerischen Abbuchungen gekommen ist. Teilweise sind auch Karten darunter, die bereits Ende 2009 neu ausgegeben wurden. Die Lufthansa wollte sich auf Anfrage nicht zur Zahl der betroffenen Kunden und der Höhe des Schadens äußern. Auch die DKB-Bank lehnte eine Stellungnahme ab. Dafür, dass es sich um ein größeres Problem handelt, spricht die Tatsache, dass Kunden teilweise mehrere Monate warten mussten, ehe die reklamierten Geldbeträge gutgeschrieben wurden.

Der aktuelle Fall habe mit den Ereignissen in Spanien nichts zu tun, heißt es bei **Mastercard**. Auch die Zahl der betroffenen Kunden sei wesentlich kleiner. "Wir wissen von dem Problem", sagte ein Commerzbank-Sprecher zur Warnung im Zusammenhang mit den Sheraton-Hotels. "Wir sind dabei, die Auswirkungen zu prüfen, ob und in welchem Umfang Kunden von uns betroffen sind." Sprecher von Postbank und Deutscher Bank erklärten auf Anfrage, bei ihnen seien keine Fälle bekannt. Der Zentrale Kreditausschuss (ZKA), Spitzenverband des deutschen Bankgewerbes, gab keine Stellungnahme ab.

Hotelinterne Reservierungssysteme sind nach Angaben von Zahlungsverkehrsexperten vielfach Einfallstor für Betrugsfälle. "Sie sind immer wieder Datenabgriffen oder entsprechenden Versuchen ausgesetzt", sagt Christoph Strauch, Analyst beim auf Zahlungssysteme spezialisierten

Beratungshaus Paysys. Zum einen würden Mitarbeiter der Versuchung erliegen und ihre Zugangsmöglichkeiten ausnutzen. Aber auch Datenklau durch externe Angriffe komme vor.

Möglich sind aber auch Datenabgriffe bei Firmen, die mit den Hotels zusammenarbeiten. In Deutschland gab es bereits 2009 Betrugsfälle im Zusammenhang mit mehreren Hotels. Damals konnte der Angriffspunkt identifiziert werden. Der Mitarbeiter eines Softwareproviders für die Hotelabrechnungssysteme hatte die Magnetstreifendaten der Karten abgegriffen.

Starwood steht in den USA aktuell selbst im Mittelpunkt einer Datenaffäre. Der Konzern wirft zwei ehemaligen Mitarbeitern vor, bei ihrem Wechsel zum Konkurrenten Hilton im Jahr 2008 Hunderttausende vertrauliche Dateien und Dokumente mitgenommen zu haben. Zudem hätten sie sich nach ihrem Wechsel weiterhin von Spionen mit Informationen über Starwood versorgen lassen. Inzwischen hat der Hotelbetreiber Klage bei einem New Yorker Gericht gegen  Hilton wegen Industriespionage eingereicht.



Zinsticker

Die aktuellen Konditionen für Tages- und Festgeld.

Tagesgeld

Anbieter	Kontakt	für 1.000 für 50.000	
		Euro	Euro
noa bank	(0800) 1116151	2,20	2,20
Bank of Scotland ∞	bankofscotland.de	2,10	2,10
NIBC Direkt ∞	nibcdirekt.de	2,10	2,10
Santander Direkt Bank	(01805) 556477	2,10	2,10
1822direkt ffl	1822direkt.com	2,00	2,00
ING-DiBa ffl	(01802) 784578	2,00	2,00
Karstadt-Quelle Bank	(069) 69795334	2,00	2,00
CosmosDirekt	cosmosdirekt.de	1,85	1,85

Festgeld

Anbieter	Kontakt	Anlagezeitraum	
		6 Monate	12 Monate
Bigbank AS ∞	bigbank.de	2,90	3,30
ICICI Bank UK PLC	icicibank.de	-	2,60
Akbank N.V. ∞	(01802) 252265	2,00	2,50
NIBC Direkt ∞	nibcdirekt.de	2,00	2,40

ISBANK	(069) 29901199	2,10	2,30
BKM Bausparkasse Mainz	(06131) 303590	1,76	2,01
netbank	netbank.de	1,75	2,00
Oyak Anker Bank	(069) 29922970	1,75	2,00

in Prozent pro Jahr. Auswahl bester Anbieter: Maximal ein Angebot mit limitierter Einlagengarantie; maximal zwei nur für Neukunden 1) Für Neukunden. 2) Einlagengarantie begrenzt. 3) Rendite.

Quelle: FMH-Finanzberatung

Stand: 28.01.2010

Rückkaufwerte: Vierte Klatsche für Versicherer



Wer eine Lebensversicherung gekündigt hat, muss massive Abschläge hinnehmen. Das ist oftmals ungesetzlich, hat das Landgericht Hamburg entschieden – nun schon im vierten Fall.

Im Streit um Rückkaufswerte hat ein weiterer Versicherer eine juristische Niederlage erlitten. Das Landgericht Hamburg erklärte Vertragsklauseln der Iduna Leben für unwirksam, wie die Verbraucherzentrale Hamburg als Klägerin mitteilte (Az. 324 O 1152/07).

Nach Angaben der Verbraucherschützer haben Kunden, die ihre Lebens- oder Rentenversicherung vorzeitig kündigen oder beitragsfrei stellen mussten, demnach Anspruch auf einen höheren Rückkaufswert. Davon könnten vor allem Betroffene profitieren, die bislang wenig oder gar nichts bekommen haben. Zuvor waren wegen desselben Streitpunkts bereits der Deutsche Ring, die Hamburg-Mannheimer und die Volksfürsorge/Generali unterlegen. Alle drei Firmen wollen in Berufung beim Hanseatischen Oberlandesgericht gehen. Die Iduna-Muttergesellschaft Signal-Iduna erklärte, sie werde das Urteil sorgfältig prüfen und dann über eine Berufung entscheiden.

Konkret geht es bei den Verträgen aus den Jahren 2001 bis 2007 um die Rückkaufswerte – also das, was Kunden bei vorzeitiger Kündigung zurück erhalten. Der Bundesgerichtshof (BGH) hatte im Jahr 2005 eine verbraucherfreundliche Entscheidung getroffen, die sich auf Versicherungsbedingungen bezog, die bis 2001 verwendet wurden.

Die Verbraucherzentrale Hamburg griff anschließend die danach neu gefassten Klauseln der Lebensversicherer an. Sie beziffert die möglichen Nachforderungen für die Branche auf zwölf Milliarden Euro. Ein Sprecher des Hamburg-Mannheimer-Besitzers Ergo sagte, diese Zahl sei eine "Spekulation, die wir nicht bestätigen können". Eine Sprecherin des Deutschen Rings nannte als Grund für die Berufung, das Landgericht habe mehr Transparenz verlangt, als der BGH vorgegeben habe.

Betroffene sollten Ansprüche anmelden

Verbraucherschützer raten den Versicherten, auch angesichts der Berufung durch die Versicherer ihre Ansprüche anzumelden. "Die Versicherer werden aller Voraussicht nach die Kunden nicht von sich aus informieren, sondern das Problem aussitzen", schreibt beispielsweise die Verbraucherzentrale Thüringen. Nach ihrer Ansicht sollten die Ansprüche auf Rückzahlung gegenüber der Versicherung schriftlich geltend gemacht werden. Hierzu haben verschiedene Verbraucherzentralen auf ihren Internetseiten Musterbriefe bereitgestellt.

Nach Ansicht der Thüringer werden die Versicherer die Nachzahlung verweigern. "In diesem Fall sollten die Verbraucher hartnäckig bleiben." Wichtig sei, eine möglicherweise drohende Verjährung zu verhindern. Um das zu erreichen, müsse allerdings der Versicherer einwilligen und auf die

sogenannte "Einrede der Verjährung" verzichten. Ein entsprechender Antrag sei in den Musterbriefen enthalten.

Musterbriefe sind beispielsweise [hier](#) zu finden.

Zusatzbeiträge: Wie Millionen zur (Kranken-)Kasse gebeten werden



Die gesetzlichen Kassen sind klamm, deshalb können sie einen Zusatzbeitrag erheben. Die DAK ist die erste große Kasse, die von ihren Mitgliedern 8 Euro zusätzlich im Monat verlangt. Wir erklären, was auf die vielen Millionen Betroffenen zukommt.

Millionen Mitglieder gesetzlicher Krankenkassen müssen sich 2010 auf deutlich steigende Beiträge einstellen. Die Chefin des Spitzenverbands der gesetzlichen Krankenkassen, Doris Pfeiffer, erwartet, dass alle Versicherten spätestens 2011 den Zuschlag zahlen müssen. Millionen werden schon in diesem Jahr zur Kasse gebeten.

Experten sagten voraus, dass zur Jahresmitte jedes zweite der rund 51 Millionen Kassen-Mitglieder betroffen sein wird. Wir zeigen, womit die Versicherten rechnen müssen.

- ❑ Warum brauchen die Kassen einen Zusatzbeitrag?
- ❑ Wer muss mehr zahlen?
- ❑ Wie hoch wird der Beitrag ausfallen?
- ❑ Und wie kommt die Kasse an ihr Geld?
- ❑ Was passiert, wenn ich nicht zahle?❑
- ❑ Lohnt sich eigentlich der ganze Aufwand?❑
- ❑ Kann man sich gegen den Beitrag wehren?❑
- ❑ Wie geht die Politik damit um?❑

Warum brauchen die Kassen einen Zusatzbeitrag?

Früher konnten die Krankenkassen eigenständig über die Höhe ihres Beitrags entscheiden. Wenn sie mehr Geld brauchten, erhöhten sie den Beitrag. Das geht seit Anfang 2009 nicht mehr. Heute gilt für alle Kassen ein einheitlicher Beitrag, der aktuell bei 14,9 Prozent des Einkommens bis zur Beitragsbemessungsgrenze (BBG) liegt.

Die Angelegenheit ist aber noch komplizierter. Denn die Einnahmen aus diesem Beitrag gehen nicht direkt an die Kasse, sie fließen zunächst in den Gesundheitsfonds. Der Bund zahlt ebenfalls in diese Geldsammelstelle ein, 2010 knapp 16 Milliarden Euro. Aus diesem Fonds erhalten die Kassen eine Pauschale für jeden Versicherten. Kommt eine Kasse mit diesen Einnahmen aber nicht aus, muss sie einen Zusatzbeitrag erheben. Genau das ist Fall sein: Der Verband der gesetzlichen Kassen rechnet damit, dass bis zu 4 Milliarden Euro fehlen.

Warum brauchen die Kassen einen Zusatzbeitrag?

Wer muss mehr zahlen?

Wie hoch wird der Beitrag ausfallen?

Und wie kommt die Kasse an ihr Geld?

Was passiert, wenn ich nicht zahle?

Lohnt sich eigentlich der ganze Aufwand?

Kann man sich gegen den Beitrag wehren?

Wie geht die Politik damit um?

Zurück zur Startseite

Wer muss mehr zahlen?

Der Spitzenverband der Kassen rechnet damit, dass der Zusatzbeitrag auf alle Versicherten zukommt. Die DAK mit sechs Millionen Versicherten ist die erste große Kasse, die 8 Euro mehr monatlich von ihren Mitgliedern verlangt. Auch Barmer und Techniker Krankenkasse schließen Zusatzbeiträge nicht aus.

Bei den Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOKen) gestaltet sich die Finanzlage zwar etwas freundlicher. Wegen ihrer Versichertenstruktur erhalten sie mehr Geld über den Risikostrukturausgleich. Kassen mit einem hohen Anteil von kranken und einkommensschwachen Mitgliedern profitieren von dem Finanzausgleich. Trotzdem schließen auch die AOKen Extraprämien nicht aus.

Einige Kassen haben einen Zusatzbeitrag für 2010 ausgeschlossen. Dazu gehört beispielsweise die Siemens-Betriebskrankenkasse (SBK) mit einer Million Versicherten. Auch die Securvita verzichtet in diesem Jahr auf den Aufschlag.

Warum brauchen die Kassen einen Zusatzbeitrag?

Wer muss mehr zahlen?

Wie hoch wird der Beitrag ausfallen?

Und wie kommt die Kasse an ihr Geld?

Was passiert, wenn ich nicht zahle?

Lohnt sich eigentlich der ganze Aufwand?

Kann man sich gegen den Beitrag wehren?

Wie geht die Politik damit um?

Zurück zur Startseite

Wie hoch wird der Beitrag ausfallen?

Für den Zusatzbeitrag gelten zwei Grenzen: Maximal darf er ein Prozent der BBG betragen, 2010 also 37,50 Euro im Monat. Da der Beitrag als Pauschale erhoben werden darf, gilt zudem eine zweite Grenze: Bis zu 8 Euro monatlich dürfen die Kassen verlangen, ohne zu prüfen, ob dies beim Versicherten mehr als ein Prozent des Einkommens ausmacht. Rein rechnerisch wäre flächendeckend ein Beitrag von etwa 6 Euro nötig, um das prognostizierte Defizit auszugleichen. Aber die exakte Höhe hängt von der Finanzlage jeder Kasse ab.

Warum brauchen die Kassen einen Zusatzbeitrag?

Wer muss mehr zahlen?

Wie hoch wird der Beitrag ausfallen?

Und wie kommt die Kasse an ihr Geld?
Was passiert, wenn ich nicht zahle?
Lohnt sich eigentlich der ganze Aufwand?
Kann man sich gegen den Beitrag wehren?
Wie geht die Politik damit um?

Zurück zur Startseite

Und wie kommt die Kasse an ihr Geld?

Jeder Beitragszahler muss das Geld selbst überweisen oder der Kasse eine Einzugsermächtigung erteilen. Zur Vereinfachung kann der Beitrag monatlich, halbjährlich oder jährlich gezahlt werden.

Warum brauchen die Kassen einen Zusatzbeitrag?
Wer muss mehr zahlen?
Wie hoch wird der Beitrag ausfallen?
Und wie kommt die Kasse an ihr Geld?
Was passiert, wenn ich nicht zahle?
Lohnt sich eigentlich der ganze Aufwand?
Kann man sich gegen den Beitrag wehren?
Wie geht die Politik damit um?

Zurück zur Startseite

Was passiert, wenn ich nicht zahle?

Dann muss die Kasse das Geld eintreiben. Dafür hat sie entweder ein Inkasso-Unternehmen - oder, wie Betriebskrankenkassen oder die Techniker Krankenkasse, den Zoll. Doch das Inkasso-Verfahren gilt als sehr aufwändig. Alternativ könnten die Versicherung Leistungen zurückfahren. Aber auch hier gibt es rechtliche Probleme.

Warum brauchen die Kassen einen Zusatzbeitrag?
Wer muss mehr zahlen?
Wie hoch wird der Beitrag ausfallen?
Und wie kommt die Kasse an ihr Geld?
Was passiert, wenn ich nicht zahle?
Lohnt sich eigentlich der ganze Aufwand?
Kann man sich gegen den Beitrag wehren?
Wie geht die Politik damit um?

Zurück zur Startseite

Lohnt sich eigentlich der ganze Aufwand?

Die Kassen bezweifeln das. Schon der Aufwand der Einkommensprüfung werde gewaltig, sagen Kassenfunktionäre - ganz zu schweigen davon, säumige Mitglieder zum Zahlen zu animieren.

Warum brauchen die Kassen einen Zusatzbeitrag?
Wer muss mehr zahlen?
Wie hoch wird der Beitrag ausfallen?
Und wie kommt die Kasse an ihr Geld?
Was passiert, wenn ich nicht zahle?

Lohnt sich eigentlich der ganze Aufwand?
Kann man sich gegen den Beitrag wehren?
Wie geht die Politik damit um?

[Zurück zur Startseite](#)

Kann man sich gegen den Beitrag wehren?

Ja. Denn sobald eine Kasse den Zusatzbeitrag erheben will, können die Mitglieder binnen zwei Monaten zu einer günstigeren Kasse ihrer Wahl wechseln. Allerdings haben sie keine Gewähr, dass die neue Versicherung später nicht auch zum Mittel der Zusatzprämie greift.

Warum brauchen die Kassen einen Zusatzbeitrag?

Wer muss mehr zahlen?

Wie hoch wird der Beitrag ausfallen?

Und wie kommt die Kasse an ihr Geld?

Was passiert, wenn ich nicht zahle?

Lohnt sich eigentlich der ganze Aufwand?

Kann man sich gegen den Beitrag wehren?

Wie geht die Politik damit um?

[Zurück zur Startseite](#)

Wie geht die Politik damit um?

Vor allem die FDP steckt in der Bredouille. Sie hat den Zusatzbeitrag seinerzeit abgelehnt, will nun aber die gesamte Finanzierung der gesetzlichen Kassen auf einen Pauschalbeitrag umstellen - wenn auch mit sozialem Ausgleich. Doch die Umstellung kostet viele Milliarden. Angesichts des Sparzwangs im Bundeshaushalt stehen die Pläne auf der Kippe.

Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) wird attackiert, weil er kein Kostendämpfungsprogramm auflegen will. Die CSU forderte ihn auf alle Sparmöglichkeiten auszunutzen. Der Kassenverband beklagt, dass zu viel Geld für unnütze Dinge ausgegeben wird.

Warum brauchen die Kassen einen Zusatzbeitrag?

Wer muss mehr zahlen?

Wie hoch wird der Beitrag ausfallen?

Und wie kommt die Kasse an ihr Geld?

Was passiert, wenn ich nicht zahle?

Lohnt sich eigentlich der ganze Aufwand?

Kann man sich gegen den Beitrag wehren?

Wie geht die Politik damit um?

[Zurück zur Startseite](#)



Vorwurf der Untreue: Streit um Versicherung für Manager



Wenn Führungskräfte Fehler machen, können sie künftig selbst zur Kasse gebeten werden. Dagegen bietet die Assekuranz zwar Spezialpolicen an. Doch die Art der Versicherung ist umstritten.

Manager müssen neuerdings eine empfindlich hohe Eigenbeteiligung leisten, wenn ihr Berufshaftpflichtversicherer einen Schaden reguliert. Gegen dieses Risiko können sie sich zwar versichern. Aber die Branche streitet heftig darüber, was dabei erlaubt ist und was nicht. Makler halten manche Angebote der Versicherer geradezu für gefährlich.

Unternehmen schließen für ihre Führungskräfte üblicherweise eine Directors-and-Officers-Liability-Versicherung (D&O) ab. Spätestens ab Juli aber müssen die Manager zehn Prozent des von ihnen verursachten Schadens selbst tragen. Insgesamt dürfen sie mit maximal 150 Prozent ihres Jahresfestgehalmtes belangt werden. Das legt das von der alten Koalition verabschiedete Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung fest.

Streit um die Form der Abdeckung

Gegen diese Ansprüche können sich die Manager mit einer besonderen Police versichern - und um die Form dieser Abdeckung gibt es Krach. Bei der R+V Versicherung beispielsweise kosten alle Abdeckungen einheitlich 200 Euro, behauptet Michael Hendricks vom Spezialmakler Hendricks & Co in Düsseldorf, der zur britischen Hyperion-Gruppe gehört. Die Policen bietet der Wiesbadener Versicherer für Firmen, die bei ihm auch die Unternehmenspolice für das D&O-Risiko haben. Die 200 Euro aber könnten den tatsächlichen Aufwand für mögliche Schäden und Kosten nicht decken. Hendricks' Vorwurf: Die Versicherung des Vorstandsselbstbehalts werde aus der Prämie für die Unternehmenspolice subventioniert. Sein Fazit: "Was die R+V Versicherung macht, ist Anstiftung zur Untreue". R+V weist das indes zurück. Es gebe keine Einheitsprämie, sagte Alois Lattwein, Leiter der Haftpflichtsparte bei R+V. "Wir steigen bei Kleinst-AGs mit 200 Euro pro Vorstandsmitglied ein."

Auch andere Lösungen bewegen sich in einer rechtlichen Grauzone, glaubt Heiner Eickhoff, Geschäftsführer des Kölner Assekuradeurs Dual, der für die Bermuda-Versicherer Arch Policen verkauft und ebenfalls zu Hyperion gehört. Eickhoff schießt damit gegen die sogenannten Anrechnungsmodelle. Bei diesen bietet der Versicherer, der die Firmendeckung bereitstellt, separate Policen für den Selbstbehalt der Manager, deren Prämie auch von den einzelnen Vorständen gezahlt wird. Allerdings wird die Deckung für die Selbstbehalte von der Deckung abgezogen, die die Firma gekauft hat. Marktführer Allianz bietet ein solches Modell an - alternativ aber auch, wie HDI-Gerling, eine völlig separate, teurere Police.

"Ich halte das für abenteuerlich", sagte Eickhoff zum Anrechnungsmodell. Er glaubt, dass eine Verschränkung von Unternehmens-D&O und Selbstbehaltspolice Manager in Schwierigkeiten bringt. Denn das Gesetz sieht seiner Auffassung nach die klare Trennung zwischen beiden Verträgen vor. Deshalb sei die Gefahr groß, dass Manager in Konflikt mit Compliance-Vorschriften kommen, wenn sie keinen separaten Selbstbehaltsvertrag haben. Eickhoff hält es sogar für falsch, dass die Versicherungseinkäufer und -abteilungen der Unternehmen für Vorstände die erforderlichen Schritte für den Erwerb der Policen einleiten.

Diese Überzeugung ist allerdings interessengeleitet. Denn Eickhoffs Unternehmen verkauft separate Eigenbehaltspolicen. Sie zahlen, wenn die D&O-Versicherung des Unternehmens einen Schaden reguliert hat - ohne dass Dual selbst beim Abschluss der Eigenbeteiligungspolice diesen Vertrag kennt. Und für kleine Aktiengesellschaften bietet auch Eickhoffs Dual das Anrechnungsmodell an.

Rivalen weisen den Untreue-Vorwurf denn auch entschieden zurück. "Ich halte es für völlig abwegig, Manager, die das Anrechnungsmodell nutzen, in die Nähe der Untreue zu stellen", sagte Bijan Daftari vom Versicherer Chubb. Chubb hat einen Kollektivrahmenvertrag für Unternehmen entwickelt, dem Vorstände durch Annahmeerklärung beitreten können und bei denen sie nur wenige Hundert Euro zahlen müssen.



Spezialpolicen: Wie sich Kunstsammler richtig versichern



Wer teure Möbel sein Eigen nennt, zahlt hohe Summen für die Hausratversicherung. Dass sie im Schadensfall auch für Bilder, Skulpturen und andere Sammlerstücke aufkommt, halten viele für selbstverständlich. Ein Irrtum.

Die Gastgeberin war schockiert. Der Abend war so schön gewesen. Sie hatte für 20 Bekannte ein tolles Essen gekocht. Umso größer war das Entsetzen am nächsten Morgen: Der teure Ring, ein Liebhaberstück, war weg. Er hatte im Badezimmer in einer Schatulle gelegen. Einer der Bekannten musste ihn unbemerkt mitgenommen haben. Die Frau zeigte den Diebstahl an. Doch die Ermittlungen der Polizei brachten kein Ergebnis. Dann kam der nächste Schlag. Die Hausratversicherung wollte keinen Cent zahlen, denn es gab keine Einbruchsspuren.

"Eine herkömmliche Hausratpolice springt nur bei benannten Gefahren ein, also bei Einbruch, Feuer, Vandalismus, Wasserschäden oder Sturm und Hagel", erklärt Jennifer Orlowitsch, Produktmanagerin und technische Underwriterin für Vermögenswerte beim Spezialversicherer Hiscox. "Außerdem kommt sie nur bis zu einem bestimmten Betrag für den Schaden auf." Wohlhabende mit teuren Designermöbeln und wertvollen Kunstgegenständen zahlen jährlich hohe Summen für ihre Hausratversicherungen. Dass sie im Schadensfall auch für Bilder, Skulpturen oder andere kostbare Sammlerstücke aufkommt, halten viele für selbstverständlich. Aber das ist ein weit verbreiteter Irrtum.

Dem erlag auch ein Kunstsammler, dessen Haushaltshilfe beim Staubwischen eine großformatige Kunstfotografie von der Wand gerissen hatte. Das Foto war auf einer Aluplatte angebracht, die an der Ecke eine Delle erhielt und nicht mehr restauriert werden konnte. Gehen teure Bilder oder Skulpturen in die Brüche, springt eine Kunstversicherung ein. Sie kommt für alle Schäden auf, die der Versicherer nicht ausschließt.

"Der Versicherte hat in diesem Fall Anspruch darauf, dass sein Kunstversicherer zahlt, denn der übernimmt Schäden sowohl bei Nachlässigkeit als auch bei mutwilliger Zerstörung durch Dritte", sagt Madeleine Schulz vom Makler Funk Fine Arts. Sie schätzt, dass allein aus Unachtsamkeit jährlich mehrere Tausend Kunstwerke zu Schaden kommen. Doch nur etwa die Hälfte aller Haushalte mit teurer Kunst seien mit einer ausreichenden Police abgesichert.

Schulz empfiehlt den Abschluss einer Kunstpolice ab einem Sammlungswert von 50.000 Euro. "Bei Silberbesteck oder edlen Vasen könnte eine Hausratversicherung mit hoher Deckungssumme noch reichen", sagt sie. Für wertvollere Kunstwerke sollten sich Privateigentümer für eine Spezialversicherung entscheiden. "Sie schließt auch Aufenthalte beim Restaurator ein oder die Ausleihe an ein Museum", sagt sie. Der Kunstbegriff der Versicherer ist weit gefasst. "Versichert ist alles, was auf internationalen Sammlermärkten gehandelt wird", sagt Stefan Horsthemke, Geschäftsführer des Deutschlandgeschäfts beim Spezialversicherer Axa Art. Das können auch historische Spazierstocksammlungen oder Oldtimer sein.

Sicherheitspuffer für Wertsteigerungen

Wollen Kunstliebhaber eine Police abschließen, dokumentiert der Versicherer alle Kunstwerke und legt mit dem Kunden eine Versicherungshöhe für jedes einzelne Objekt fest. Sie kann angepasst werden, wenn das Gemälde an Wert gewinnt oder verliert. "Gerade junge Kunst ist häufiger Wertschwankungen unterworfen", sagt Schulz. Dafür bieten viele Versicherer Sicherheitspuffer für kurzfristige Wertsteigerungen an. Manche Unternehmen schicken jährlich einen Experten vorbei, der den Wert des Gegenstandes neu bestimmt und den Preis für die Police anpasst. Andere bestehen auf eine vierteljährliche Inspektion der Bilder.

Beim Versicherer Axa Art kostet die günstigste Police 500 Euro pro Jahr, nach oben gibt es keine Grenzen. "Bei einer Versicherungssumme von 1 Millionen Euro sind das etwa 2 bis 2,8 Promille, also zwischen 2000 und 2800 Euro", sagt Horsthemke. Wächst die Sammlung, und ihr Wert liegt über einer Versicherungssumme von 500.000 Euro, ist der Preis bei vielen Anbietern verhandelbar.

"Übersteigt die Versicherungssumme die Millionengrenze, hat der Makler noch mehr Möglichkeiten, mit dem Versicherer Sonderkonditionen zu vereinbaren", sagt Maklerin Schulz.

Die Besitzerin des Rings hatte eine Kunstversicherung abgeschlossen. Sie übernahm den Schaden. In den Datenbanken für Kunstraub ist der Schmuck nicht aufgetaucht.

Solaranlagen: Renditen schmelzen nicht



Die Bundesregierung will die Vergütungssätze für heimischen Solarstrom um 15 Prozent senken. Doch trotz dieser deutlichen Kürzung bleiben die Anlagen für private Nutzer weiterhin attraktiv.

Will man den Befürchtungen der Solarlobby Glauben schenken, steht der Untergang des Abendlands kurz bevor: Nachdem Bundesumweltminister Norbert Röttgen ankündigte, die Vergütungssätze für Solaranlagen um 15 Prozent zu kürzen, schreien die Branchenvertreter Zeter und Mordio. Privatinvestoren, die auf ihrem Eigenheim eine Fotovoltaikanlage errichten wollen, sollten sich davon nicht beunruhigen lassen: Auch nach der Kürzung können sie hohe Renditen erzielen.

Dass Einschnitte erforderlich sind, bestreitet selbst die Solarbranche nicht. Nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erhalten die Betreiber je Kilowattstunde einen festen Betrag, der deutlich über dem aktuellen Marktpreis liegt. Schon zum Jahreswechsel reduzierten sich die Sätze für Anlagen bis zu einer Spitzenleistung von 30 Kilowatt-Peak um neun Prozent auf 39,14 Cent pro Kilowattstunde.

Nun geht es nochmals weiter abwärts. Für manche noch nicht weit genug: So fordern Experten und Verbraucherschützer eine kräftigere Kürzung, weil die Kosten für die Förderung auf alle Stromkunden umgelegt werden. "Das Erneuerbare-Energien-Gesetz funktioniert nur dann effektiv, wenn sich die Förderung an der Höhe der Produktionskosten orientiert", erklärt Anne Kreuzmann, Chefredakteurin des Fachmagazins "Photon".

Angemessen wäre eine Reduzierung von 20 Prozent. Im Schnitt sind die Modulpreise seit 2006 mit 37 Prozent stärker gefallen als die Vergütung, die im gleichen Zeitraum nur um 25 Prozent sank.

Die Solarbranche hingegen warnt: "Sollten die drastischen Kürzungen bei der Solarförderung in den nächsten Wochen tatsächlich umgesetzt werden, befürchten wir eine Insolvenzwellen in der Zukunftsbranche Fotovoltaik und den Verlust Zehntausender Arbeitsplätze", sagt Carsten Körnig, Geschäftsführer des Bundesverbands Solarwirtschaft.

Trotz der sinkenden Vergütung bleiben Solaranlagen auch 2010 ein rentables Investment. Denn die Preise für die Module befinden sich bereits seit einigen Jahren im Sinkflug. Aktuell liegen sie für installierte Solarmodule bei gut 3000 Euro - Tendenz fallend. Laut BSW-Experte Körnig sinken die Preise um rund zehn Prozent im Jahr. Klar ist dennoch: Zunächst wirkt die Reduzierung der Vergütungssätze negativ. Bei einem Modulpreis von 3300 Euro pro Kilowatt-Peak sinkt die Nettorendite um über einen Prozentpunkt. Fallen die Modulpreise aber weiter, sind trotz geringerer Vergütungssätze wieder Renditen über acht Prozent drin (siehe Tabelle).

Woran Immobilienbesitzer denken sollten

Immobilienbesitzer, die eine Fotovoltaikanlage auf ihrem Dach planen, sollten aber daran denken, dass der Betrieb einer Solaranlage nicht nur unter steuerlichen Gesichtspunkten eine unternehmerische Tätigkeit ist. Zwar können qualitativ hochwertige Anlagen nach derzeitigen Erkenntnissen rund 30 Jahre halten, und viele Hersteller garantieren für 20 Jahre bis zu 80 Prozent der Spitzenleistung. Allerdings sind vorzeitige Reperaturen oder der komplette Ausfall der Anlage nicht gänzlich auszuschließen.

Neben den Kosten, die bei der Anschaffung einer Solaranlage anfallen, sollten private Betreiber die steuerlichen Besonderheiten im Blick haben. Denn hier lässt sich eine Fülle von Vorteilen nutzen - vorausgesetzt der Strom wird eingespeist. "Der Gesetzgeber hat zur Ankurbelung der Konjunktur die degressive Abschreibung wieder eingeführt", erläutert der Berliner Steuerberater Stephan Dittrich. Für Solaranlagen, die bis zum 31. Dezember 2010 angeschafft werden, bestehe die Möglichkeit, in den ersten Jahren 12,5 Prozent abzuschreiben. Zudem könne eine Sonder-AfA von einmalig 20 Prozent der Gesamtkosten geltend gemacht werden.

Freuen können sich Solaranlagenbesitzer, die ihren Strom selbst verbrauchen: Laut Bundesumweltministerium soll der selbst genutzte Solarstrom mit rund zehn Cent je Kilowattstunde stärker gefördert werden als der eingespeiste.

Eine Besprechung der neuen Anleihe des Unternehmens Solarworld finden Sie in der aktuellen Ausgabe von Börse online.

Mietrecht: Bundesgerichtshof erleichtert Kündigungen wegen Eigenbedarfs



Mehr Rechte für Vermieter: Auch Nichten und Neffen gehören dem Kreis der Verwandten an, zu deren Gunsten ein Mietverhältnis gekündigt werden darf. Kritik an dem Urteil kommt vom Deutschen Mieterbund.

Nicht nur die Geschwister, sondern auch deren Kinder seien eng mit einem Vermieter verwandt, urteilte der für Mietsachen zuständige Senat des Bundesgerichtshofs (BGH) in Karlsruhe. Darum komme es nicht darauf an, ob im Einzelfall eine besondere Beziehung oder soziale Bindung bestehe.

Bisher ging die Rechtsprechung davon aus, dass dies nur möglich ist, wenn ein besonders enger Kontakt zwischen dem Vermieter und dem entfernten Verwandten bestand, aus dem sich eine moralische Verpflichtung des Vermieters ergeben konnte, dem Angehörigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Zum Hintergrund: Ein Vermieter kann laut geltendem Recht (§ 573 BGB) nur kündigen, wenn er ein berechtigtes Interesse an der Beendigung des Mietverhältnisses hat. Die Kündigung zum Zwecke der Mieterhöhung ist ausgeschlossen. Ein berechtigtes Interesse des Vermieters an der Beendigung

des Mietverhältnisses liegt insbesondere dann vor, wenn der Vermieter die Räume als Wohnung für sich, seine Familienangehörigen oder Angehörige seines Haushalts benötigt.

Die Karlsruher Richter erklärten damit die Kündigung einer Eigentümerin aus Baden-Baden für wirksam. Die betagte Witwe hat ihren Mietern gekündigt, damit ihre Nichte in die Eigentumswohnung einziehen kann. Diese ist die einzige Verwandte der alten Dame. (Az.: VIII ZR 159/09 - Urteil vom 27. Januar 2010).

Mieterbund kritisiert BGH-Entscheidung

Kritik kam vom Deutschen Mieterbund: "Der Kündigungsgrund 'Eigenbedarf' wird erweitert und die Vermieterposition damit gestärkt", kommentierte der Direktor des Deutschen Mieterbundes (DMB), Lukas Siebenkotten, die heutige Entscheidung des Bundesgerichtshofs.

Über 20 Jahre hätten laut DMB Amts-, Landes- und Oberlandesgerichte den Kreis der Familienangehörigen eng ausgelegt, zu deren Gunsten Eigenbedarf ausgesprochen werden darf. Der BGH gebe diese Rechtsprechung jetzt auf und erleichtert für Vermieter die Kündigungsmöglichkeit Eigenbedarf, kritisierte der Mieterbund. "Ich fürchte, dass jetzt Vermieter öfter wegen Eigenbedarf kündigen werden. Unklar ist, wie weit der Kreis der privilegierten Familienangehörigen zukünftig gezogen werden muss", so Siebenkotten weiter.

BGH-Urteil: Schadenersatz bei Rückgabe mangelhafter Immobilien



Weist eine Immobilie erhebliche verborgene Mängel auf, kann der Käufer die Rückabwicklung des Kaufs verlangen. Dabei müssen auch die entstandenen Kosten für den Käufer erstattet werden.

Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH) muss der Verkäufer bei der Rückabwicklung für alle Aufwendungen des Käufers wie Maklergebühren, Notariats-, Grundbuch- und Finanzierungskosten Schadenersatz leisten. Davon sind aber zwischenzeitlich mit der Immobilie erzielte Mieteinnahmen abzuziehen.

Auf das Urteil weist der LBS-Infodienst "Recht" hin. In dem vom BGH entschiedenen Fall hatten die Kläger bereits im Oktober 1997 für 500.000 D-Mark eine Eigentumswohnung gekauft. An der Wohnung kam es immer wieder zu Feuchtigkeitsschäden in den Außenwänden. Mehrere Reparaturversuche der Verkäufers blieben erfolglos. Schließlich verlangte der Käufer die Rückabwicklung des gesamten Kaufvertrages.

Gegen Rückgabe der Wohnung sollte ihm der Verkäufer Schadenersatz für die Aufwendungen leisten. Das Oberlandesgericht Karlsruhe sprach dem Käufer im Dezember 2005 in zweiter Instanz 277.557 Euro Schadenersatz für Kaufpreis, Maklergebühren, Notariats- und Grundbuchkosten sowie Mietausfälle zu. Nachdem beide Seiten Revision eingelegt hatten, korrigierte der Bundesgerichtshof

jedoch im vergangenen Jahr das Urteil und verwies den Rechtsstreit zur erneuten Verhandlung an das Oberlandesgericht zurück.

Mieteinnahmen sind abzuziehen

Nach der BGH-Entscheidung sind die Regeln der Rückabwicklung eines Immobilienkaufes rechtlich vorgegeben. Alle Aufwendungen, die der Käufer zur Erlangung der Immobilie und wegen deren Mängeln hatte, seien dabei zu berücksichtigen. Von den Aufwendungen seien dann finanzielle Vorteile abzuziehen, die der Käufer zwischenzeitlich aus der Nutzung der Immobilie gehabt habe, urteilten die Richter.

Das Oberlandesgericht hatte zuvor in seiner Schadenersatzrechnung Finanzierungsaufwendungen des Käufers wie Kreditkosten nicht berücksichtigt. Zudem zog es mit der Immobilie erzielte Mieteinnahmen nicht von der Schadenersatzsumme ab, weil der beklagte Verkäufer der Wohnung dies im Prozess nicht beantragt hatte. Das OLG sprach dem Käufer sogar Schadenersatz für Mieteinnahmen zu, die ihm wegen der feuchten Wände entgingen. Der BGH stuft diese Behandlung von Finanzierungskosten und der Mieteinnahmen als fehlerhaft ein und ordnete eine erneute Verhandlung vor dem OLG an. (Aktenzeichen: Bundesgerichtshof VII ZR 26/06)



Aktuelle Konditionen: Baugeld

Die Konditionen für Baugeld mit fünf-, zehn- und 15-jähriger Bindung.

Unter Baugeldvergleich lassen sich individuell günstige Angebote berechnen.

Baugeld		Zinsbindung: 5 Jahre	
Anbieter	Kontakt	bis 70% Beleihung	bis 90% Beleihung
DTW-Immobilienfinanzierung ∞	(0621) 867500	3,17	3,78
Hypotheken-Discount ∞	(0800) 6008060	3,17	3,78
comdirect bank ∞	(01803) 336365	3,17	3,78
Gladbacher Bank	(02161) 249325	3,30	3,74
Deutsche Bank	(01818) 1000	3,40	3,68

Baugeld		Zinsbindung: 10 Jahre	
Anbieter	Kontakt	bis 70% Beleihung	bis 90% Beleihung
Accedo ∞	(0921) 5607050	4,03	4,59

Interhyp ∞	(0800) 200151515	4,07	4,45
Dr. Klein ∞	(0800) 8833880	4,07	4,59
Gladbacher Bank	(02161) 249325	4,00	4,45
ING-DiBa	(01802) 229444	4,07	4,59

Baugeld	Zinsbindung: 15 Jahre		
Anbieter	Kontakt	bis 70% Beleihung	bis 90% Beleihung
Hypotheken-Discount ∞	(0800) 6008060	4,37	4,94
Accedo ∞	(0921) 5607050	4,39	4,95
DTW-Immobilienfinanzierung ∞	(0621) 867500	4,44	4,99
Deutsche Bank	(01818) 1000	4,51	4,82
Gladbacher Bank	(02161) 249325	4,52	4,97

Effektivzinsen in Prozent pro Jahr für 200.000 Euro Darlehen und zwei Prozent Tilgung. Bei der Auswahl der günstigsten Angebote werden maximal drei Vermittler berücksichtigt und mindestens zwei überregionale Geldgeber. 1) Beleihungsgrenze bezogen auf den Kaufpreis. 2) Kreditvermittler. 3) Kein Angebot.

Quelle: FMH-Finanzberatung

Stand: 27.01.2010

Klamme Krankenkassen: Zusatzbeiträge sind steuerlich absetzbar



Die angekündigten zusätzlichen Beiträge der Krankenversicherungen sind als Sonderabgabe absetzbar. Wer aber keine oder nur wenig Steuern zahlt, bleibt auf den Mehrausgaben sitzen. Die SPD bezweifelt, dass diese Regelung vor Gericht standhält.

Das Bundesfinanzministerium bestätigte der "Berliner Zeitung" zufolge, dass laut dem zum 1. Januar in Kraft getretenen Bürgerentlastungsgesetz Zusatzbeiträge genauso wie die "normalen" Kassenbeiträge als Sonderausgabe steuerlich absetzbar sind. Von der Absetzbarkeit profitieren aber nur diejenigen, die nennenswert Steuern zahlen. Die angekündigten Zusatzbeiträge bei mehreren Krankenkassen benachteiligen Menschen mit geringem Einkommen und Hartz-IV-Empfänger gegenüber Besserverdienenden.

Für diejenigen, die nennenswert Steuern zahlen, reduziert sich durch die Absetzbarkeit der Zusatzbeitrag, wobei gilt: Je höher das Einkommen, desto größer die Ersparnis. Im Extremfall muss bei sehr hohen Einkommen effektiv nur noch die Hälfte gezahlt werden. Wer keine oder nur wenig Steuern zahlt, bleibt dagegen auf dem vollen Betrag sitzen.

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Elke Ferner, hält es für fraglich, dass die Regelung vor Gericht Bestand hat. "In die jetzige Grundsicherung sind die Zusatzbeiträge nicht einberechnet", sagte sie der "Thüringer Allgemeinen". Nur wenn durch die Zahlung der acht Euro eine Notlage eintritt, können demnach bei Hartz-IV-Bezieher die ARGes einspringen. Es sei nicht in Ordnung, "wenn jetzt, auf die Schnelle die Kasse gewechselt werden muss, um dann in einem halben oder dreiviertel Jahr bei der neuen Kasse doch den Zusatzbeitrag zahlen zu müssen", sagte Ferner. Ein Ausweg sei nur die Anhebung der Regelsätze oder die Abschaffung der Zusatzbeiträge.



Bundesfinanzhof-Entscheidung: Steuerzahlungen bedrohen die Zukunft vieler Vereine



Wenn ein Verein seine Vermögensnachfolge nicht eindeutig regelt, ist es vorbei mit der Gemeinnützigkeit. Dann fallen Körperschafts-, Gewerbe- und Grundsteuer an.

Fernöstliche Medizin ist in Deutschland noch nicht ganz angekommen. Nicht zuletzt deutsche Finanzbeamte reagieren skeptisch auf spirituelle Organisationen. Trotz zähen Ringens entzog ein hessisches Finanzgericht einem Yoga-Verein aus Frankfurt die Anerkennung der Gemeinnützigkeit. Der 1997 gegründete Verein will Religion und Völkerverständigung fördern. Zentrales Anliegen ist die Vermittlung des alten indischen Königs-Yoga. Der Teufel steckt im Detail, genauer gesagt in der Satzung: Für den Fall, dass sich der Yoga-Verein einmal auflösen sollte, heißt es dort, würde eine "gemeinnützige Körperschaft" die Nachfolge antreten. Zu unkonkret, befand das Finanzamt und stellte einen Körperschaftsteuerbescheid aus. Damit war der Status Gemeinnützigkeit beendet - und es wurde teuer. Denn mit dem Status fallen auch die Privilegien weg: Die Befreiung von der Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer, Schenkung- und Erbschaftsteuer.

Was gemeinnützig ist, regelt die Abgabenordnung. Ein Verein muss selbstlos sein. Er darf nur gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke verfolgen - und er muss seinen Nachlass ordentlich regeln. Um Missbrauch zu vermeiden, darf das entstandene Vermögen nach Auflösung des Vereins wieder nur für gemeinnützige Zwecke eingesetzt werden. Deshalb muss in der Satzung festgelegt sein, auf wen das Vermögen im Falle der Vereinsauflösung übertragen werden soll.

Die Frage ist allerdings, wie konkret diese Regelung sein muss. Ob es ausreicht, beispielsweise von einem Tierschutzverein zu sprechen, oder ob der schon in der Satzung mit Namen und Adresse benannt sein muss.

BFH urteilte bislang zugunsten des Fiskus

Dass das nicht eindeutig geregelt ist, wurde einem ebenfalls in Frankfurt ansässigen Verein zum Verhängnis, der sich die Pflege des Islam zum Ziel gesetzt hatte. In seinen Statuten hatte er festgehalten, späterer Erbe solle ein Verein sein, der sich der marokkanischen Kultur verpflichtet fühlt. Der war aber noch nicht konkret benannt - weswegen das Finanzamt die Gemeinnützigkeit aberkennen wollte. Der Islamverein reichte beim Hessischen Finanzgericht in Kassel Klage gegen den Steuerbescheid ein - und verlor. Die Richter gaben dem Finanzamt recht (Az.: 4 K 25 74/07). Steueranwalt Jan Roth hat den Fall vor den Bundesfinanzhof (BFH) gebracht. Der wird nun entscheiden müssen, wie genau die Abgabenordnung auszulegen ist.

Obwohl dieser Fall noch nicht endgültig entschieden ist, ist das Klima rau geworden für Vereine. Das zeigt ein Urteil des BFH von verganginem Sommer (Az.: V R 20/08). Ein als gemeinnützig anerkannter Hundezüchterverein wollte den ermäßigten Umsatzsteuersatz, den das Finanzamt gestrichen hatte, zurückerlangen. Der BFH aber urteilte zugunsten des Fiskus.

Zwar hatte der Zuchtverein eine konkrete Regelung für den Fall seiner Auflösung vorgesehen, nicht aber für den Fall der Aufhebung und Zweckänderung. "Die Vermögensbindung ist ein Standardproblem im Vereinsrecht. Da muss man streng sein, denn schließlich sollen nur gemeinnützige Aktivitäten gefördert werden", sagt BFH-Richter Michael Wendt. Die Regelung, in so einem Fall per Mitgliederbeschluss das vorhandene Vermögen "einem als gemeinnützig anerkannten Tierschutzverein" zufließen zu lassen, reichte nicht aus, um der Vermögensbindung vollkommen zu entsprechen.

Keine Möglichkeit der rückwirkenden Satzungsänderung

Sollte der BFH auch im Fall des Frankfurter Islamvereins gegen die Gemeinnützigkeit entscheiden, hätte das weitreichende Folgen. Es könnte zu einem bundesweiten Sterben der Vereine führen.

Nicht nur kleine Organisationen wie der hessische Yoga-Klub wären betroffen. Auch der Deutsche Alpenverein beispielsweise hat in seiner Satzung keinen konkreten Nachfolger benannt. Und der, gegründet 1869, hat immerhin mehr als 800.000 Mitglieder. Ebenso könnte es den Verein zur Förderung der Forschung über nachwachsende Rohstoffe treffen, den Förderverein Lausitz e. V. oder den Sportverein ums Eck, der Jugendtreff im Viertel oder den Musikförderverein.

Viele aufs Wohl der Allgemeinheit ausgerichtete Einrichtungen in Deutschland sind als Verein organisiert. Dazu kommen noch Stiftungen, gemeinnützige GmbHs (gGmbHs) und - seltener - gemeinnützige Aktiengesellschaften wie die Zoologischer Garten Berlin AG. Insgesamt umfasste das Vereinsregister voriges Jahr 554.401 gemeinnützige Organisationen.

"Schätzungsweise die Hälfte der gemeinnützigen Vereine in Deutschland hat keine explizite Körperschaft in ihren Satzungen für den Fall der Auflösung angegeben", sagt Roth. "Sollte sich der BFH dem Hessischen Finanzgericht anschließen, sind viele Vereine in ihrer Existenz bedroht."

Selbst wenn den Vereinsvorständen das Problem bewusst wird: Es ist nicht einfach, es aus der Welt zu schaffen. Eine rückwirkende Satzungsänderung wird vom Finanzamt kaum anerkannt - und es kann Steuern rückwirkend für bis zu vier Jahre nachfordern. Nur für die Zukunft können die Vereine vorsorgen und ihre Satzung auf der Mitgliederversammlung ändern.

.....

Interview mit Björn Theis: "Für Unternehmen wird es teuer"



Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat entschieden, dass bei der Berechnung von Kündigungsfristen die Betriebszugehörigkeit vor dem 25. Geburtstag mitgezählt werden muss. Arbeitsrechtsexperte Björn Theis erklärt die Folgen.

Warum galt diese Regelung bisher nicht in Deutschland?

Junge Arbeitskräfte müssen flexibel sein, lautete das Argument hierzulande. Mit ihrem Urteil haben die Europarichter nicht nur einen Paragraphen im Bürgerlichen Gesetzbuch bemängelt, der dort seit 1926 steht. Sie haben auch ein doppeltes Ausrufezeichen hinter das Ziel der Antidiskriminierung gesetzt. Sie sagen, dass das Verbot der Altersdiskriminierung ein allgemeiner Grundsatz des Unionsrechts ist.

Dass das deutsche Gesetz gegen Europarecht verstößt, hätten Politik und Justiz eher sehen können.

Für die Öffentlichkeit kam das Urteil überraschend. Deutsche Gerichte haben den Widerspruch schon gesehen und das Problem dem EuGH vorgelegt. Viele möglicherweise diskriminierende Regelungen, wie etwa Altersgrenzen für bestimmte Berufe, landen derzeit beim EuGH. Das ist die Konsequenz aus dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, mit dem Deutschland eine EU-Richtlinie umsetzt. Der Gesetzgeber hat so lange wie möglich stillgehalten - bis es nun, nach dem EuGH-Machtwort, nicht mehr geht.

Wenn der EuGH sagt, dass die Kündigungsfristen europarechtswidrig sind, folgt daraus - was?

Die BGB-Vorschrift, nach der Beschäftigungszeiten vor Vollendung des 25. Lebensjahres nicht mitzählen, darf der EuGH nicht für ungültig erklären. Er darf nur sagen, dass sie nicht anzuwenden ist. Im Ergebnis ist es das Gleiche.

Was kommt auf Firmen zu?

Mehrkosten. Denn sie müssen jetzt auch einem 24-Jährigen, der seit dem 16. Lebensjahr in der Firma arbeitet, die Kündigungsfrist von mindestens drei Monaten für acht Jahre Betriebszugehörigkeit gewähren.

Wen betrifft das Urteil?

Alle Arbeitsverträge, soweit sie auf die gesetzlichen Kündigungsfristen verweisen. Auch kollektive Vereinbarungen können betroffen sein und müssen im Licht des Urteils gesehen werden. Nicht betroffen sind viele Manager mit ihren meist individuell vereinbarten Kündigungsfristen oberhalb des gesetzlichen Minimums.



Firmenübernahmen: Manager zahlen für Fehlschläge



Bleiben nach einem Unternehmenskauf die Erfolge aus, kann das Führungskräften nicht nur den Job kosten. Juristen warnen vor einer Schadensersatzfalle, die noch lange nach der Übernahme zuschnappen kann.

Unbeschwerte Zeiten waren das für Manager, einst. In der Unternehmenswelt funktionierte es wie in einer privaten Beziehung: Man schloss sich zusammen, und wenn es nicht klappte, ging man eben wieder auseinander. Bei Daimler-Benz und Chrysler ist es so gelaufen. Daimler-Chef Jürgen Schrempp verlor zwar seinen Job, mehr aber auch nicht. Und als BMW und Rover wieder getrennte Wege gingen, gab BMW-Boss Bernd Pischetsrieder den Vorstandsvorsitz ab, das war's.

In Krisenjahr zwei nach dem Finanzcrash ist das anders: Manager stehen unter Beobachtung. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger schimpfte jüngst im Bundestag, die "Spielermentalität" in der Wirtschaft sei auch durch zu wenig Haftung und persönliche Verantwortung gefördert worden. Das soll anders werden. Juristen warnen Manager deshalb vor einer Schadensersatzfalle, die noch lange nach einem Unternehmenskauf zuschnappen kann: die fehlgeschlagene "Post-Merger-Integration". Unternehmensberater von Deloitte überschrieben ein Seminar zu diesem Thema bereits mit dem Titel "Russisch Roulette für Manager".

Denn die eigentliche Übernahme ist nur ein Teil des Geschäfts. Danach geht es für die Führungsetage mit der Arbeit erst richtig los - und auch mit den Risiken. Das Problem: Bisher hängen sich viele Chefs nur bis zur Unterschrift unter den Übernahmevertrag richtig rein. Die Abläufe in den Unternehmen zusammenführen, vorher beschworene Synergien heben - das

delegieren sie. "Bei der Übernahme sitzt das M&A-Team in der 22. Etage neben dem Vorstand. Nach der Übernahme soll sich dann ein Integrationsteam aus dem Kellergeschoss um die Arbeit kümmern", sagt Rechtsanwalt Christoph Seibt, Partner im Hamburger Büro von Freshfields. "Eine solche Praxis wird sich rächen." Denn nach Paragraph 93 Aktiengesetz sind Manager im Falle des Scheiterns persönlich haftbar. Und "persönliche Haftung" heißt: Zugriff auf Haus, Boot, Familiensilber.

Das Problem dürfte in den nächsten Monaten akut werden, denn in das Geschäft mit Mergers & Acquisitions (M&A), dem Markt für Firmenfusionen, Unternehmenskäufe und -verkäufe, kommt wieder Leben. Es ist ein Neustart unter veränderten Vorzeichen. Nicht mehr Glamourhochzeiten von Konzerngiganten sind angesagt, sondern das Aufsammeln von Pleitefirmen. "Unternehmenskäufe finden im Moment häufig nach absolvierter Insolvenz des Kaufobjekts statt", sagt Rechtsanwalt Markus Schackmann, Partner in der Kanzlei Luther. Nach dem Konkurs etlicher Automobilzulieferer voriges Jahr rechnet er für die kommenden Monate mit der Insolvenz von Maschinenbauern. "Es dürften interessante Unternehmen dabei sein, von denen einige 400 bis 800 Millionen Euro Umsatz machen."

Wenn sich eine Übernahme nicht so auszahlt wie erhofft, liegt es häufig an Versäumnissen während der Verhandlungen vor dem Deal. Auch hier lauern Haftungsrisiken. Manager stecken in einem Dilemma: Sie müssen Unternehmenskäufe schnell durchziehen. Eine Studie der Kanzlei Luther hat ergeben, dass das Risiko für ein Scheitern von Transaktionen deutlich ansteigt, wenn der Vertrag sechseinhalb Monate nach dem Start für ein solches Projekt nicht unter Dach und Fach ist. Der pauschale Hinweis auf Zeitdruck bei der Übernahme aber genügt dem Gericht im Ernstfall nicht. Eine Schadensersatzklage kann sogar dann noch ins Haus flattern, wenn die Firma nach einer Fusion pleitegegangen ist. "In der Krise treten selbstbewusste Insolvenzverwalter auf, die erstens keine persönliche Verbindung zu den Vorständen haben und zweitens Geldquellen für die Masse suchen", sagt Experte Seibt. Wenn eine gescheiterte Post-Merger Integration Verluste mit verursacht hat, sei eine Klage auf Schadensersatz denkbar.

Alles penibel dokumentieren

Bislang werden solche Szenarien nur da diskutiert, wo es um die juristische Aufarbeitung der Finanzkrise und um die Risikogeschäfte von Bankvorständen geht. Fürchten müssen sich aber nicht nur die Banker, sondern auch Feld-, Wald- und Wiesenmanager, die eine Fusion verweigert haben. "In beiden Bereichen geht es um die Sorgfaltspflichten der Geschäftsleiter", sagt Seibt. "Und in beiden Feldern gilt Paragraph 93 Aktiengesetz." Die Regelung sei auch Grundlage für Schadensersatzforderungen. "Zwar werden bislang solche Ansprüche nur sehr selten vorgebracht. Das dürfte sich aber ändern." Davor warnt auch der Kölner M&A-Experte Lars Böttcher von Oppenhoff & Partner. "Die mögliche persönliche Haftung von Vorständen für fehlgeschlagene Post-Merger-Integrationen ist sicher ein Thema, mit dem wir es in Zukunft öfter zu tun bekommen."

Manager müssen im Ernstfall vor Gericht darlegen, dass sie sorgfältig gearbeitet haben. Darum hilft nur eins: mitschreiben - und zwar von Anfang an. "Vorstände sollten penibel dokumentieren, welche Informationen sie der Entscheidung über einen Unternehmenskauf zugrunde gelegt haben", rät Böttcher. "Bewusst eingegangene Risiken sollten nachvollziehbar begründet werden. Nur so können sie später Haftungsbegehren etwa enttäuschter Aktionäre abwehren."

Ihre Notizen sollten Manager vorsichtshalber lange aufbewahren. Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger kündigte im Bundestag eine Verlängerung der derzeit fünfjährigen Verjährungsfristen für Schadensersatzansprüche an.

Mein Steuertipp: Wie Sie mehr aus der Abfindung herausholen



Deutschland droht ein Anstieg der Arbeitslosigkeit. Einziger Trost für viele Betroffene: die Abfindung. Doch netto bleibt oft nur wenig davon übrig. Rechtsanwalt und Steuerberater Konrad Rohde erklärt, wie ein neues Urteil des Bundesfinanzhofs die Steuerlast senkt.

Abfindungen sind als Entschädigung und finanzielle Überbrückung bis zur nächsten Anstellung gedacht. Diese Zahlungen müssen versteuert werden. Spielräume gibt es dennoch, beispielsweise durch eine aktuelle Entscheidung des Bundesfinanzhofs. Die Richter entschieden, dass Arbeitgeber und -nehmer die Zahlung einer Abfindung auf einen späteren, für den Arbeitnehmer steuerlich günstigeren Termin verlegen dürfen. Das gilt selbst dann, wenn eine Betriebsvereinbarung ursprünglich einen anderen Termin für die Fälligkeit der Abfindung vorsah (Az.: IX R 1/09).

Verschieben die Parteien - wie in dem vorliegenden Fall - die (Teil-)Auszahlung auf das folgende Jahr, kann sich das für den Arbeitnehmer rentieren. Beispielsweise dann, wenn er in diesem Zeitraum keine oder nur sehr geringe Einnahmen erwartet. Die Effekte der niedrigeren steuerlichen Progression durch Aufteilung der Zahlung auf verschiedene Veranlagungszeiträume werden so genutzt.

Hohe Steuerklasse vermeiden

Darüber hinaus hat der Gesetzgeber die so genannte Fünftel-Regelung vorgesehen. Sie soll dafür sorgen, dass der Arbeitnehmer, der innerhalb eines Jahres zunächst sein Gehalt und später seine Abfindung erhält, durch die einmalige Zusammenballung dieser Einkünfte nicht steuerlich höher belastet wird als bei normaler Weiterbeschäftigung.

Die komplexe Berechnung stellt den Arbeitnehmer im Ergebnis steuerlich so, als würde die Abfindungssumme auf fünf Jahre verteilt. Dadurch wird vermieden, dass der Arbeitnehmer im Jahr der Kündigung die Abfindungszahlung in einer zu hohen Steuerklasse versteuert.

Allerdings gelten diese steuerlichen Vergünstigungen nur für die Abfindung. Die Abgeltung von Urlaubstagen oder ausstehende Provisionen sind Gehaltsbestandteile und fallen nicht darunter. Anders sieht es aus, wenn der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer noch eine zeitlang den Dienstwagen überlässt oder die Kosten für eine Outplacement-Beratung übernimmt. Solange diese Leistungen nicht mehr als die Hälfte der eigentlichen Abfindung betragen, profitiert der Arbeitnehmer auch weiterhin von der steuerlichen Begünstigung.

Sonderregel für die Altersvorsorge

Schließlich kann der ausscheidende Arbeitnehmer auch noch eine Sonderregelung für die betriebliche Altersvorsorge nutzen: In dem Jahr, in dem die Abfindung gezahlt wird, sind Einzahlungen in Pensionskassen oder Direktversicherungen bis zu einer bestimmten Summe steuerfrei. Die Höhe richtet sich nach der Zahl der Beschäftigungsjahre abzüglich bestimmter vorher in Anspruch genommener Steuerbefreiungen. Auf diese Weise spart der Arbeitnehmer nicht nur Steuern, sondern sorgt zugleich auch für sein Alter vor.

.....

Urteilsticker: Ihr gutes Recht



Informieren Sie sich über die neuesten Urteile und Verbrauchertipps.

Kontoauszüge. Verbraucher sollten Kontoauszüge aus den vergangenen drei Jahren nicht wegwerfen. Der Bundesverband deutscher Banken weist darauf hin, dass auch Belege von 2007 im Notfall dazu dienen können, wichtige Zahlungen nachzuweisen. Denn bis Alltagsgeschäfte wie Möbel- oder Computerkäufe verjährt seien, dauere es in der Regel drei Jahre. Bei manchen Kontoauszügen sind sogar per Gesetz bestimmte Aufbewahrungsfristen vorgeschrieben. Zum Beispiel, wenn es um Leistungen geht, die im Zusammenhang mit einem Grundstück stehen, etwa Reparaturen an einem Gebäude. Belege dieser Art muss man mindestens zwei Jahre lang aufheben.

Autoversicherung. Reparaturen zur Behebung von Schäden durch Steinschlag sind für Kaskoversicherte nicht automatisch kostenlos. Darauf weist der Bund der Versicherten (BdV) hin. Derzeit bewirbt eine Autowerkstatt massiv ihr Angebot, Glasschäden durch Steinschläge für Autofahrer mit Kaskoversicherung zum Nulltarif zu reparieren. Das funktioniert aber längst nicht in jedem Fall, so der BdV. Hat der Versicherte etwa eine Werkstattbindung vereinbart, ist er verpflichtet, nach einem Kaskoschaden die Kooperationswerkstatt seines Versicherers aufzusuchen. Hält er sich nicht daran, kann die Versicherung die Leistung kürzen oder eine Selbstbeteiligung verlangen.

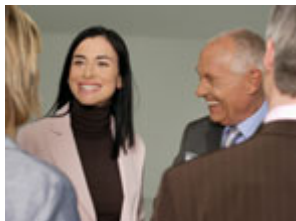
Handy. Wer sein Mobiltelefon verliert, sollte die SIM-Karte sofort sperren lassen. Der IT-Brancheverband Bitkom weist darauf hin, dass bei Verlust des Handys hohe Telefonkosten entstehen können, wenn Diebe oder zufällige Finder damit telefonieren. Um die Karte zu sperren, brauchen Handybesitzer ihre Rufnummer, ihre Kundennummer, das Kundenkennwort sowie die SIM-Kartenummer, die auf der Karte selbst steht. Achtung: Auch für den Verlust des Geräts zahlt die Hausratversicherung nur, wenn das Telefon bei einem Einbruch oder einem Überfall gestohlen oder bei einem Wohnungsbrand zerstört wurde. Einige Mobilfunkanbieter und Versicherer bieten spezielle Handyversicherungen an.

Diebstahl. Skiurlaub: Wird die Skiausrüstung aus einer Box auf dem Autodach gestohlen, zahlen Versicherer in der Regel nicht. Da Bretter und Stöcke nicht fest mit dem Auto verbunden sind, ist der Diebstahl nämlich kein Fall für die Kaskoversicherung, teilt die R+V mit. Eine Hausratversicherung

wiederum zahlt nur, wenn die Ausrüstung im Kofferraum transportiert werde oder das Auto in einer geschlossenen Garage stehe. Die Dachbox abzuschließen genügt demnach nicht. Die R+V rät, das Auto auf dem Weg in den Winterurlaub auch bei Pausen auf Rastplätzen immer im Auge zu behalten oder aber eine Reisegepäckversicherung abzuschließen, welche die Transportlücke schließt.

Mietnebenkosten. Ein Vermieter darf Nebenkosten immer nur für den Zeitraum von einem Jahr abrechnen. Geht die Abrechnung darüber hinaus, ist sie formell unwirksam. Das Landgericht Gießen hat jüngst zugunsten eines Mieters entschieden, dessen Vermieter die Nebenkosten für 13 Monate abgerechnet hatte. Nur bei einem Zeitraum von einem Jahr könne der Mieter die Rechnung einfach nachvollziehen, erklären Mietrechtsanwälte des Deutschen Anwaltvereins (Az. 1 S 288/08).

Arbeitsklima: Freundschaftsdienst im Büro



Wenn Kollegen zu Kumpeln werden, macht das den Arbeitsalltag angenehmer. Freundschaft kann sogar die Produktivität steigern – solange der Schreibtisch nicht zum Stammtisch wird.

Der neue Job, die neue Stadt, die neue Wohnung. Schön, aufregend - aber auch ein bisschen einschüchternd. Noch kennt man nichts und niemanden im neuen Unternehmen. Aber plötzlich sind da andere, denen es genauso geht. "Am Anfang denkt man: Das sind meine neuen Kollegen", sagt Tim Kölsch, der in der Deutschland-Dependance eines amerikanischen Konsumgüterherstellers arbeitet. "Dann merkt man: Wir haben die gleiche Wellenlänge, die gleichen Interessen, den gleichen Hintergrund. Man versteht sich einfach." Und irgendwann nennt man diese Menschen nicht mehr Kollegen. Sondern Freunde.

Privatsache, eigentlich. Doch manche Unternehmen fördern Bürofreundschaften gezielt, weil sie auch der Firma nutzen. Tim Kölschs Arbeitgeber zum Beispiel. Bevor neue Kollegen hier einen Schreibtisch oder eine Durchwahl haben, haben sie schon einen Kumpel. Die Berufseinsteiger haben einige Wochen zuvor Post erhalten. Von einem Kollegen, den sie bis dahin nie getroffen haben und der sich ihnen als Begleiter beim Berufsstart andient. "Buddy-Programm" nennt sich das. Kumpelprogramm. Der Versuch, Nähe zwischen Mitarbeitern strategisch zu fördern. Es sei Politik der Unternehmensführung, dass "Arbeitskollegen auf ein höheres Level kommen als das reine Kollegendasein", sagt Kölsch, Mitinitiator und Buddy.

Gut fürs Arbeitsklima

Denn Freundschaft am Arbeitsplatz ist nützlich: Je besser man sich untereinander versteht, desto besser ist auch das Arbeitsklima. Das hat nicht nur gefühlte, sondern auch messbare Auswirkungen: Man kommt morgens gern ins Büro, bleibt klaglos auch mal etwas länger. Man selbst und das Team funktioniert besser, die Produktivität steigt - so profitiert der Arbeitgeber: "Bei einem Freund weiß ich gleich, was er von mir will", sagt Tim Kölsch, "wenn ich sein Ziel verstehe, kann ich es schneller umsetzen, ihm schneller helfen."

Doch es braucht keine amerikanische Unternehmenskultur, um die Nähe zu Kollegen zu suchen. Immer mehr Menschen im Lande von "Dienst ist Dienst, Schnaps ist Schnaps" trinken offenbar immer öfter mal einen mit Kollegen: Als die Online-Stellenbörse Monster im vergangenen September ihre Nutzer zum Thema befragte, gab nur ein Drittel der deutschen Teilnehmer an, Beruf und Freizeit strikt zu trennen. Immerhin ein Viertel hat Kollegen im Freundeskreis, 40 Prozent unternehmen mit ihnen "ab und an" etwas.

"Wir legen Wert darauf, dass man gut miteinander arbeitet", sagt der Chef eines rheinland-pfälzischen Mittelständlers mit 3300 Angestellten. Wenn sich daraus Freundschaft entwickle, sehe er das positiv: "Freundschaft fördert die Arbeitsmoral." Denn Freunde stützen einander weit besser, als es Kollegen könnten: Aus kollegialer Hilfe im Berufsalltag wird Rückendeckung, wenn der Chef

mal wieder nicht weiß, wohin mit seinem Zorn, wird Vertrauen in die Kompetenz des anderen, wird seelische Unterstützung im Krisenfall: "Wenn einem der erste Patient wegstirbt, können das Kollegenfreunde viel besser nachvollziehen", sagt die angehende Ärztin Johanna Kaiser*. Und auch charakterlich nutzen sie einander: "Freunde können sich offeneres Feedback geben, als es vielleicht Vorgesetzte oder Kollegen tun. Ein Freund kann besser auf heikles Verhalten hinweisen", sagt der Frankfurter Sozialpsychologe Hermann Refisch.

Freundschaft: Probleme bei der Zusammenarbeit

Hier fangen jedoch die Probleme an. Wachsen Kollegen freundschaftlich zusammen, verquicken sich auch deren Freizeit und Beruf. Gelingt es Kollegenfreunden dann nicht, beide Sphären wenn nötig wieder zu trennen, übertragen sich private Probleme rasch auf das Arbeitsverhältnis - und umgekehrt. "Ich saß mal mit zwei Männern auf dem Zimmer", erinnert sich die Verlagsangestellte Marie Köhler*, "die bezeichneten einander als beste Kumpels. Einer hatte zwei Kinder und baute gerade ein Haus. Der hat sich dann beruflich nicht sonderlich engagiert." Arbeit blieb liegen, Aufgaben, die sonst zwei Leute erledigt hatten, blieben an einem hängen, weil der andere Dienst nach Vorschrift schob. Irgendwann sei es mehrfach laut geworden, darauf folgte eine böse E-Mail des Überlasteten, schließlich drei Wochen private wie berufliche Funkstille - und das obwohl beider Aufgabengebiete unmittelbar zusammenhängen.

Problematisch kann es auch werden, wenn sich die Freunde zu gut verstehen. "Die Gefahr besteht, dass sich zwei sehr Vertraute abschotten und andere sich ausgeschlossen fühlen", sagt die Hamburger Psychologin und Trainerin Elke Overdick. Träten Freunde stets zu zweit auf oder steckten auf dem Gang die Köpfe zusammen, mache das Dritte skeptisch. Die Konsequenz für die Freunde: Sie würden von der Kommunikation abgeschnitten. "Freunde können auf den Chef bedrohlich wirken", sagt Overdick. "Er sollte davon ausgehen, dass eine Information nie bei dem einen bleibt." Gelangten Informationen zu den Freunden, bestünde zudem immer die Gefahr, dass diese sie nicht weitergeben. Als Ausweg rät sie, "auch mal mit anderen mittagessen" zu gehen, Offenheit zu signalisieren und Informationen nicht zu bunkern. Refisch empfiehlt: "Schweigen Sie nicht schlagartig, wenn jemand reinkommt. Fragen Sie etwas, um die weitere Person ins Gespräch einzubinden. Und seien Sie vor Publikum auch mal unterschiedlicher Meinung."

Steigt von zwei Freunden einer in der Unternehmenshierarchie auf, kann das an der Freundschaft kratzen. Einerseits für den neuen Vorgesetzten, dem man unterstellt, er werde bei der nächstbesten Gelegenheit seinen Freund hinaufhieven. Andererseits aber vor allem für den Zurückbleibenden. "Die anderen Teammitglieder müssen immer fürchten, dass Informationen nach oben fließen. Und es besteht die Gefahr, dass der nicht aufgestiegene Freund vom Team als Sprachrohr instrumentalisiert wird. Andererseits kann der Höherrangige mit dem Freund nicht mehr über alles sprechen", sagt Overdick. Als Chef sei es ohnehin nicht ratsam, sich mit Untergebenen anzufreunden, sagt Sozialpsychologe Refisch: "Wenn man die Nummer eins wird, braucht man Freunde außerhalb, mit denen man reden kann. Vorgesetzte dürfen im Betrieb nicht zu viel Wärme erwarten."

Arbeit ist Lebensmittelpunkt

Tim hat die Oben-unten-Problematik erlebt: Als er kürzlich das Team wechselte, saß da auf dem Chefposten einer, den er schon lange von monatlichen Pokerrunden kannte. "Ich hatte Bedenken", erzählt der 29-Jährige. "Ich kenne seine Frau, ich kenne sein Kind ..." Um Missverständnisse im Vorhinein abzuwürgen, hätten sie sich schließlich zusammengesetzt und seien zu einem

Gentlemen's Agreement gekommen: Bei der Arbeit geht man professionell miteinander um, privat darf dann beim Pokern auch kräftig gefrotzelt werden.

Entscheidend ist in allen heiklen Lagen, dass Kollegenfreunde wissen, wann Professionalität gefragt ist - und wann Kumpeligkeit. Ob man sich über den Chef auslässt oder seinen Anweisungen folgt, ob man im Team produktiv zusammenarbeitet oder vor lauter Gelächter die Deadline reißt. "Wer nur noch über Privates redet, macht seine Arbeit nicht und nervt andere", sagt Refisch, "nur weil es den Menschen gut geht, heißt das nicht, dass sie auch gute Ergebnisse erarbeiten. Genauso können die Nachlässigkeiten steigen." Private Probleme gehören deshalb an den Stammtisch, berufliche an den Schreibtisch.

Solange das klappt, klappt es auch mit der Kollegenfreundschaft. Denn trotz aller Gefahren und sozialer Fallstricke: Häufig ist sie schlicht alternativlos. Marie drückt es so aus: "Die Arbeit ist der Lebensmittelpunkt. Wenn man es sich da nicht kuschelig macht, hat man ein Problem."

**Name von der Redaktion geändert*

.....

Second Death: Sterben im World Wide Web



Längst leben wir einen Großteil unseres Lebens im Internet. Was aber passiert mit Profilen, Fotos und E-Mails, wenn der Nutzer stirbt? Viel zu lange hat das niemanden interessiert. Nun gibt es erste Ideen und Geschäftsmodelle.

Es ist schon dunkel, Matthias Streitwieser steht mit nackten Füßen in schäumender Gischt, seine Turnschuhe hält er in der Hand. Das Wasser ist wohl kalt, Streitwieser jauchzt. Das ist auf dem Foto deutlich zu sehen. Es ist eins von Hunderten auf seinem Profil bei Facebook. Nur hat er dieses nicht selbst reingestellt, sondern eine Bekannte von ihm. Streitwieser ist zu dem Zeitpunkt schon seit einigen Wochen tot. Ein Unfall beim Klettern in Bayern. Streitwieser rutschte ab, stürzte 150 Meter in die Tiefe. Er wurde 34 Jahre alt. Man erfährt auf seinem Profil, dass er schnell starb, aber seine Bergung schwierig war, wie seine Familie die Nachricht über seinen Tod aufnahm, wo er begraben liegt. Streitwieser ist gestorben, wie er gelebt hat: öffentlich, im Internet.

Auf den ersten Blick unterscheidet sich sein Profil kaum von dem eines Lebenden. Dann aber fällt auf, dass hier Funktionen ausgeschaltet sind, die für einen Toten mehr als unpassend erscheinen: So kann man Streitwieser nicht "anstupsen", auf seiner Seite erscheint keine Werbung. "Gedenkstatus" oder "Memorial State" wird so ein Profil bei Facebook genannt. Facebook bietet es seinen Mitgliedern bei Bedarf seit wenigen Monaten an.

Tod nicht eingeplant

Sechs Jahre gibt es das soziale Netzwerk jetzt, 350 Millionen User sind darin angemeldet. Die Profile sind Abziehbilder des Lebens: Fotos von Partys, vom Nachwuchs, aus dem Urlaub. Lieblingsmusik,

Lieblingsvideos, Geschwätz mit Freunden, Verabredungen, Pläne, Erlebnisse. Dass das Leben aber irgendwann endet, ist im Internet bisher vergessen worden. Twitter, Myspace, Studi-VZ, Wer-kennt-wen, Blogs, eigene Homepages, E-Mail-Dienste, virtuelle Festplatten, Singlebörsen - rein geht es bei allen diesen Seiten immer ganz einfach und immer ganz schnell; jeder Internetnutzer hat heute häufig weit mehr als ein Dutzend Nutzerkonten bei den unterschiedlichsten Diensten. Raus geht es aber nur sehr schwer. Und was mit den Internetprofilen nach dem Tod geschieht, rückt erst allmählich ins Bewusstsein - bei den Usern wie auch bei den Anbietern.

"Das hat in erster Linie mit dem Altersdurchschnitt der Internetnutzer zu tun, noch ist der relativ niedrig. Mit Todesfällen mussten sich die Betreiber in der Vergangenheit eher selten auseinandersetzen", sagt Carsten Ulbricht, der sich als Rechtsanwalt auf die Themen Web 2.0 und Social Media spezialisiert hat. Aber es gebe in diesem Bereich viele neue Probleme und Pflichten für die Betreiber, sagt Ulbricht. Mit zunehmender Zahl und steigendem Alter der Internetgemeinde können Onlinedienste den Tod nicht mehr ignorieren.

Das Beenden des virtuellen Lebens, das Löschen von Daten und Inhalten, kann selbst für Nutzer zur nervenaufreibenden Angelegenheit werden, für Hinterbliebene aber zur Tortur. "Da kann es zu schrecklichen Situationen kommen. Wenn Einträge und Informationen auf Websites nicht mehr würdevoll sind, etwa, nachdem sich jemand das Leben genommen hat", sagt Birgit Janetzky. Die Theologin berät in Seminaren Bestatter zum Thema Tod und Internet. "Wenn niemand Zugriff auf die Nutzerkonten hat, ist das für Angehörige oft ein großes Problem." Manche Betreiber würden die Endlichkeit des Lebens in ihren Konzepten schlicht nicht berücksichtigen.

Auch das deutsche Erbrecht hinkt der digitalen Entwicklung hinterher. Wenn jemand ein Haus hinterlässt, ist ganz klar geregelt, wie vorzugehen ist, selbst wenn es kein Testament gibt. Etwas Vergleichbares existiert für das digitale Erbe nicht. "Die Gesetze sehen für die heutige Wirklichkeit im Internet oft keine passenden oder interessengerechten Lösungen vor", sagt Ulbricht.

Nach deutschem Recht treten die Erben zwar in die Rechtsstellung des Verstorbenen. Was laut Ulbricht bedeutet: Über Rechte an Bildern dürfen sie verfügen, und auch die Inhalte im E-Mail-Postfach dürfen in der Regel an sie übergehen. "Für Persönlichkeits- oder Datenschutzrechte und andere nicht vererblichen Rechte entstehen allerdings neue Probleme, die gesetzlich nicht geregelt werden", so Ulbricht. So endet der Datenschutz nach deutschem Recht mit dem Tod. "Auf dieser Grundlage muss man deshalb davon ausgehen, dass der Dienst mit den personenbezogenen Daten wie Namen und Anschrift machen kann, was er will."

Dennoch gehen viele Websitebetreiber inzwischen auf die Erben zu und beschäftigen sich mit dem Thema Tod - zumal in der Vergangenheit manche Anbieter durch wenig würdevollen Umgang mit Verstorbenen im Internet für Aufsehen gesorgt haben: vor zwei Jahren etwa MyDeathSpace.com. Die Website sammelt Daten von jung verstorbenen Menschen, schildert die genaue Todesursache und verlinkt über einen Klick auf das Foto des Toten direkt zu dessen alter, nun verwaister Myspace-Seite.

Datenverwaltung bis zum Tod

"Am Anfang haben wir uns mit dem Thema tatsächlich nicht beschäftigt. Das war ein Lernprozess", sagt ein Sprecher der VZ-Netzwerke, zu denen die Seiten Studi-, Schüler- und Mein-VZ mit insgesamt 16 Millionen Nutzern gehören. Inzwischen gibt es allerdings eine Regelung: Wenn Hinterbliebene nachweisen können, dass sie erbberechtigt sind, dürfen sie entscheiden, ob das Profil gelöscht oder - ähnlich dem Denkmalstatus bei Facebook - erhalten bleiben soll. Letzteres wünscht beim Businessnetzwerk Xing in der Regel niemand. "Geschäftspartner sind eher daran interessiert, einen Toten schnell aus der Kontaktliste zu streichen", sagt ein Sprecher. Passwörter gibt das

Unternehmen selbst an Verwandte nicht heraus. Wird Xing auf den Tod eines Mitglieds hingewiesen, wird das Profil zunächst auf Verborgenen gestellt. Reagiert die Person drei Monate lang nicht auf Mails, werden die Daten endgültig gelöscht. Der E-Mail-Dienst Web.de erlaubt Erbberechtigten gegen Vorlage eines Erbscheins den Zugriff auf das Postfach des Verstorbenen. So hält es auch GMX. Komplizierter wird es etwa bei Hotmail. Da müssen Hinterbliebene eine Mail in Englisch an die Betreiber in den USA senden.

Aber was passiert mit den Daten des Toten auf der virtuellen Festplatte? Muss man ihn bei Onlinespielen wie World of Warcraft oder Second Life abmelden? Was ist mit den Bildern bei Flickr? Kennen die Erben überhaupt alle Onlinezugänge, die der Tote jemals benutzt hat?

Einige Anbieter haben anhand dieser Fragen neue Geschäftsmodelle entwickelt. Bei dem Onlinedienst Legacy Lockers aus den USA etwa können Internetuser ihre Passwörter für die von ihnen genutzten Sites hinterlegen und verwalten. Im Todesfall werden die Zugangsdaten an eine festgelegte Person geschickt. Der Dienst kostet pro Jahr 30 Dollar oder einmalig 300 Dollar für die Nutzung bis ans Lebensende. Ähnlich funktionieren die Angebote von AssetLock und PrivateMatters. Datenschützern sträuben sich angesichts dieser Verfahren die Haare. Die Anbieter aber versprechen, extrasichere Verschlüsselungsprogramme zu verwenden.

Neue Geschäftsmodelle

Internationale Konkurrenz haben die Vorreiter aus den USA bisher wenig. Jüngster Zuwachs unter den digitalen Nachlassverwaltern ist Mywebwill aus Schweden. Anstoß für das Unternehmen gab ein Profil bei Facebook. Öffentliche Trauer im virtuellen Raum, wie Freunde und Angehörige sie im Falle von Matthias Streitwieser betreiben, hat Sunniva Geertinger als unerträglich empfunden. Wochenlang versuchte sie, das Profil ihres verstorbenen Freundes zu löschen. Grüße seiner Onlinefreunde oder die letzten Urlaubsbilder waren ihr kein Trost, sondern verfolgten sie wie ein Gespenst. Andere Freunde aber beharrten darauf, die Seite zu erhalten. Darum erfand sie Mywebwill, wo Internetnutzer in einem digitalen Testament festlegen sollen, welchen Umgang sie sich für ihren virtuellen Nachlass wünschen. Ob ihre Profile gelöscht oder erhalten werden sollen und wer die Passwörter bekommt. Zudem können sie eine letzte Mail an Freunde und Verwandte verfassen, die nach dem Tod verschickt wird.

Einen derartigen Dienst, der Nachrichten für Hinterbliebene nach dem Tod verschickt, bietet in Großbritannien etwa der Last-Message-Club an, in der Schweiz DataInherit.

In Deutschland hat sich bisher nur der Anbieter Idivus vorgewagt. Wie bei US-Vorbild Legacy Lockers können Mitglieder hier Daten und Passwörter hinterlegen und verwalten sowie Nachrichten für Freunde aufbewahren. 1,50 Euro kostet das im Monat. Angemeldet haben sich - wie bei den meisten dieser Dienste - bisher nur wenige Menschen. Von den Einnahmen kann Idivus gerade mal die laufenden Kosten decken. "Uns war schon klar, dass man damit kein Geld verdienen kann", sagt Marco Hamburger, Projektmanager und einer der beiden Gründer von Idivus. "Aber das wird noch kommen, das Netz hat an dieser Stelle ein Problem. Wir wollten früh am Markt sein."

"Noch ist die Internetgemeinde jung, aber spätestens in zehn Jahren werden sich mehr Menschen Gedanken darüber machen, was aus ihrem digitalen Nachlass wird", sagt Theologin Janetzky. Schon jetzt merke sie in ihrer Arbeit mit Bestattern, dass das Thema zunehmend an Bedeutung gewinnt. Was auch der Bundesverband Digitale Wirtschaft beobachtet: "Künftig werden sich immer mehr Dienste um digitalen Nachlass kümmern", sagt Axel Schmiegelow, Vorsitzender der Fachgruppe Social Media. In der Branche werde eifrig nach Methoden und Automatismen gesucht, mit denen man auf digitale Todesfälle reagieren kann. "Wir stehen hier jedoch erst am Anfang einer Entwicklung", sagt Schmiegelow.

Das Internet hat das Leben verändert, allmählich verändert es auch den Umgang mit dem Tod. Manche Menschen tauchen als Verstorbene überhaupt erst im Netz auf, etwa in Trauer- und Erinnerungsvideos. Manche wiederum scheinen gar nicht aus dem Leben zu verschwinden. "Er ist immer noch unter uns" steht auf der Profilseite von Matthias Streitwieser. "Die Accounts werden nicht gelöscht. erinnert Euch an ihn. Ihr sollt wissen, dass er immer noch da ist." Wenn man seine Fotos betrachtet, hat man fast das Gefühl, dass es so ist.